

Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementpreis pro Quartal 80 M.
zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 24. August 1901.

Inserate die dreigespaltere Petitzelle oder deren Stamm 50 M.
Redaktion und Expedition:
Nürnberg, Brüderstraße Nr. 9.

Inhalt. Die Zölle und die Metall- und Maschinen-industrie. — Die Gemeinschädlichkeit der Syndikate. — Das Wassergas bei der Wirtschaftskrisis. — Gerilleton: Ueber Sonnenmotoren. — Keine Tarifgemeinschaft. — Die Stellung der Mechanikergehilfen in der Arbeiterbewegung. — Die Wahl der Vertreter der Arbeiter im Reichsversicherungsaamt. — D. M.-B.: Bekanntmachung des Vorstands. — Korrespondenzen. — Entscheidung der Kontrollkommission der sozialdemokr. Partei betr. die Hamburger Altkordbauer. — Tätigkeits- und Kassenbericht der Agitationskommission für Würtemberg pro 1. Halbjahr 1901. — An die Verwaltungsstellen des 7. Agitationsbezirks. — An die Vertreter der Verwaltungsstellen des 8. Agitationsbezirks. — Rundschau. — Litterarisches.

Zur Beachtung.

Euung ist fernzuhalten:

von Aluminiumschlägern nach Schwabach (Wilhelm Memmert);
von Feingoldschlägern nach Dresden, Leipzig, Nürnberg (besonders von den Werkstätten von F. Rennert, Schwabacherstraße 41, Chr. Schmidt, obere Mentergasse 12, Friedr. Reinmann, Taselfeldstraße 34, Jean Schmidbaum, Kühnertsgasse) R. und Schwabach (besonders von den Werkstätten M. Blittner, Hunger, Böhmer und Jgl.);
von Formern nach Aschersleben (Maschinenbau-U.-G.), nach Goslar (G. Hippel); nach Göring-Stetten (Ernst Wöhler), nach Hollar; nach Pforzheim (Gebr. Hepp); nach Höchstädt a. Bodensee (Gießerei Höchstädt, Inh. Schott) Str.;
von Gießgießern und Gürtlern nach Breslau (Albert Knauth);
von Klempnern nach Breslau (Blechwarenfabrik Gößl), nach Düsseldorf (Faz. Werner und Springorum);
von Kupferschmieden nach Düsseldorf;
von Metallarbeitern aller Branchen nach Weissenfels (Molles Werke);
von Metalldrückern nach Düsseldorf;
von Schleifern nach Emden (Bässer & Fischer) und Velbert (vorm. Gebr. Jülich);
von Schlossbauern nach Velbert (Gebr. Hardenberg D., Karl Witte) D.;
von Schmieden nach Schönebeck a. E. (Knip u. Beenen, Huiseisenfabrik), nach Leitz (Kinderwagenfabrik von Leibig);
von Silberschlägern nach Schwabach (Christoph Meier).

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streifgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streif in Aussicht; E: Lohnbewegung; A: Aussperrung; D: Differenzen; M: Maßregelung; R: Rücksände; R: Lohn- oder Altkord-Reduktion; F: Einführung einer Fabrikordnung.)

Die Zölle und die Metall- und Maschinen-Industrie.

Ein großer Theil des umfangreichen Tarifentwurfs entfällt, wie dies auch beim bestehenden Tarif übrigens der Fall ist, auf die zahlreichen Positionen der Metall- und Maschinen-Industrie. Zur Orientierung unserer Leser, die dafür in der nun begonnenen lebhaften Zollkampagne unzweifelhaft reges Interesse haben, wollen wir nachstehend eine Übersicht über die im Tarifentwurf aufgestellten Zollfälle geben und zum Vergleiche diejenigen des bestehenden Tarifes befügen.

Beginnen wir in Anlehnung an den Tarifentwurf mit den Edelmetallen und den daraus gefertigten Waaren. Darauf bleibt die Einfuhr von Goldmünzen nach wie vor frei, während die Goldstangen einen Zoll von 250 M. per Doppelzentner zu zahlen haben gegen bloß 100 M. bis jetzt. Der autonome Tarif, der indessen durch den Vertragstarif ersetzt ist, enthält allerdings einen Zollhaß von 600 M. Unpolierte Goldwaaren sollen 500 M. gegen 600 M. zahlen, polierte 800 M. gegen 600 M. Frei ist die Einfuhr von Silber und Silbermünzen, während Silberstangen, Silberblech usw. 100 M. zahlen sollen; runder Silberdraht 100 M. gegen 600 M. geplätteter oder geformter 200 M. gegen 600 M. vergoldeter Draht 250 M. gegen 600 M. Silber- und Goldgespinst ganz oder theilweise aus Seide 800 M. aus andern Spinn-

stoffen 600 M. gegen 100, 120 und 150 M. Silberwaaren 600 M. wie bisher. Denk- und Schau-Münzen, also auch Orden, deren Konsumanten in der Haupthälfte die Junker, sind großfrei. Diese Zollfreiheit wird den sonst hochschätzlichen Junkern zu den Bucherzöllen auf Getreide usw. eine weitere Freude bereiten. Roheisen zahlt 1 M. gußeiserne rohe Röhren sollen 3 M. gegen 2,50 M. bearbeitete 4,50 M. zahlen; mit einer Wandstärke von 7 Millimeter oder darunter, roh 6 M. gegen 2,50 M. bearbeitet 9 M. Walzen aus nicht schmiedbarem Guß, roh 3,50 M. bearbeitet 10 M. Kunstguß und anderer feiner Guß, nicht schmiedbar 24 M. wie bisher. Rohe Gußwaren im Gewichte von mehr als 1 Doppelzentner per Stück 2,50 M. von mehr als 40 Kilogramm bis 1 Doppelzentner 3,50 M. von mehr als 5 bis 40 Kilogramm 5 M. von 5 Kilogr. oder darunter 7 M.; für bearbeitete Gußwaren in gleicher Gewichtseintheilung 4, 6, 9 und 12 M. gegen bisherige Zölle von 2,50, 3 und 6 M. bzw. 10 M. für bearbeitete Halbzeug-Stücke (Rohläppchen, Rohschielen, Blöcke, Platinen, Knüppel, Tiegeilstahl in Blöcken) 1,50 M. Schmiedbare Eisen in Stäben, nicht über 12 Centimeter 1 M. gegen 1,50 M. im Gewicht von 1 Kilogr. oder darüber auf den laufenden Meter 2,50 M. dito im Gewicht von weniger als 1 Kilogr. 3 M. gegen 2,50 M. mit eingewalzten Mustern oder Verzierungen 5 M. gegen 2,50 M. roh, dressiert, geschnitten, in der Stärke von mehr als 1 Millimeter 3 M. von mehr als ein halb bis 1 Millimeter 4,50 M. gegen 3 M. von ein halb Millimeter und darunter 5 M. gegen 3 M. abgesägt, lackirt usw. 5 M. in der Stärke von mehr als 1 Millimeter, von ein halb bis 1 Millimeter 5,50 M. gegen 5 M. von ein halb Millimeter oder darunter 6 M. gegen 5 M. Verzinkt (Weißblech) oder sonst mit andern unedlen Metallen nach den gleichen Stärkedifferenzen 5 M., 5,50 M. und 6 M. gegen 5 M. Wellblech usw. roh, 5 gegen 3 M. bearbeitet 8 gegen 5 M. Blech, geprägt, gelocht, gehobelt usw. nach den vorstehenden Stärkedifferenzen 5,50 und 7 M. gegen 6, 9 und 24 M. ebenso poliert, lackiert usw. Draht 3,50 M., 4,50 M. und 6 M. gegen 3 M. roh oder andernartig bearbeitet 3, 3,50 und 5 M. gegen 3 M. Stark.

Schlangentöhren, gewalzt oder gezogen, auch Röhren-fernstücke, roh 8 M. gegen 5 M. bearbeitet 15 gegen 16 M. andere Röhren gewalzt oder gezogen, roh, mit einer Wandstärke von 2 Millimeter oder darüber 6 gegen 5 M. mit einer Wandstärke von weniger als 2 Millimeter 10 gegen 5 M. bearbeitet nach den gleichen Stärkedifferenzen 12 gegen 10 M. und 20 gegen 10 M.

Eisenbahnschienen aller Art, Schwellen, Läschchen, Platten 2,50 M. Eisenbahnmärschen, Radreifen, Räder, Radäxze 3 M. gegen 3 M. des autonomen und 2,50 M. des Vertragstarifs. Schmiedbarer Guß, Schmiedestücke und andere Waaren aus schmiedbarem Eisen, andernartig nicht genannt, roh, bei einem Steingewicht des Stücks von nicht als 25 Kilogramm 4,50 M. von 3 bis 25 Kilogr. 6 M. von ein halb bis 3 Kilogr. 8 M. von unter ein Kilogramm 12 M. bearbeitet, nach den gleichen Gewichtsdifferenzen 7, 10, 13 und 24 M. gegen jeelige 6 bez. 10 M. Eisenbahntheile (Eisenkonstruktionen) aus schmiedbarem Eisen 6 M. gegen 3 M. Dampfkessel und Dampffässer aus schmiedbarem Eisen usw. mit mehr als 10 unter für gleichen Röhren von einer 300 Millimeter oder weniger betragenden lichten Weite, Dampfkleßel aller Art aus nicht schmiedbarem Guß, bei einem Steingewicht des Stücks von 50 Doppelzentnern oder darunter 8 M. von mehr als 50 Doppelzentner 6 M. anderte 5 M. gegen 5 M. bisher. Ankertrommen (Bojen), Glasbehälter (Reservoirs), Apparate, Apparaturen usw. 6 gegen 5 M. Röhrenverbindungsstücke: Hähne, Ventile, Schieber usw. ohne Verbindung mit anderen unedlen Metallen bei einem Steingewicht des Stücks von 10 Kilogr. oder darüber 7 M. von weniger als 10 Kilogr. 9 M. in Verbindung mit anderen unedlen Metallen nach den gleichen Gewichts-

differenzen 9 und 12 M. gegen 5 und 10 M. bzw. 6 und 10 M. Schraubstöde aller Art, Umbosse, Sperrhörner, Unter, Brechzähler, Hämmer, bei einem Steingewicht des Stücks von mehr als 10 Kilogr. 5 gegen 3 M. Kloben und Rollen zu Flaschenzügen, Binden und sonstige fortgeschaffbare Hebezeuge 7 M. wobei Ketten und Seile gesondert zu verzollen sind. Spaten, Schaufeln, Blatt-haken, Küchenpfannen, Kohlenlöffel, Schmelzlöffel, Feuergeräthe, Pflegeschaaten usw. 6 gegen 10 M. Heu-, Dünger-, Holz- und ähnliche große Gablen 10 M. Senjen, Sicheln, Strohmeijer, geschmiedet 15 gegen 10 M. Handäxen und Sägeblätter (Säge-, Band- und Laubsägeblätter) 20 gegen 15 M. andere Sägeblätter (Handäxen) 15 M. Feilen und Raseln, nicht mehr als 16 Zentimeter, 40 gegen 15 M. mehr als 16 bis 35 Zentimeter, 25 gegen 15 M. mehr als 35 Zentimeter lang 10 gegen 15 M. Bohrer, Zangen, Stein-, Baum-, Blech- und Schafschecren, Beitel, Steinmeisen, Hobeleisen, Maschinemeijer, Schneidzettel usw. 20 gegen 15 M. Reibahlen, Spiralbohrer, Fräser, Meißelwerkzeuge, Lehren u. dergl. 40 gegen 24 M. Hämmer bei einem Steingewicht des Stücks von 10 Kilogr. oder darunter, Nagte, Beile, Haken, Zug-, Wiege- und Hakenmeijer, Schrauben, Spannwerkzeuge, Bohrwinden, sowie sonstige nicht besonders genannte Werkzeuge 15 gegen 10 Mark, andernartig nicht genannte Geräthe für den Land- und hauswirtschaftlichen oder gewerblichen Gebrauch, z. B. Waagen, Bügeleisen, Thiersfallen, Flüge, Eggen, Hand- und Pferderechen, bei einem Steingewicht des Stücks von weniger als 3 Kilogr. oder darüber 15 gegen 6 M. und 10 M. dito von weniger als 3 Kilogr. 15 gegen 6 und 10 M. Kratzbeschläge 60 gegen 36 M. bez. 9 M. des Vertragstarifs, Spindeln aller Art 10 gegen 6, 10 und 24 M. Webhäute, Webblätter, Schützen, Spulen aller Art und ähnliche Ausrüstungsgegenstände für Spinn- und Webmaschinen 25 gegen 10 und 24 M.

Eisenbahnläschchen-Schrauben, Schwellen-Schrauben, Spurstangen, Stöpselstückchen, Hülsen, Schraub- und Steckstellen, roh 5 gegen 3 und 6 M. bearbeitet 12 gegen 10 Mark, Eisenbahnwagenbeschläge, Eisenbahnpuffer, Weichen- und Signalthäuse 10 gegen 3 M. Nähjen (mit Ausnahme der Eisenbahnaufnahmen) und Achsentheile (Patentachsen und Halbpatentachsen) 24 M. anderte, roh 6 gegen 3 und 6 Mark, bearbeitet 12 gegen 10 M. Wagenfedern, einschließlich der Eisenbahnwagenfedern, roh oder mit theilweise abgeschliffen 4 gegen 3 M. auf der ganzen Fläche geschliffen, oder in anderer Weise bearbeitet 15 gegen 10 M.

Drahtheile, Stahldraht, Stahleisen, Schrauben und Nieten von nicht mehr als 13 Millimeter Stiftstärke, Haken, Schnallen, Sprungfedern, Häftel und Dosen, Nägel usw. 15 gegen 6 und 10 M. Drahtstifte, Klammern und Schlaufen aus Draht 10 M. gejähmte Nägel, in der Länge von 20 Millimeter oder darüber 12 gegen 10 M. dito weniger als 20 Millimeter 20 gegen 10 M. Ofentohre, Ofenringe, Büchsen, Kästen, Badewannen, Stiegel, Haus- und Küchengräthe, Galouisen usw. roh 6 M. bearbeitet 10 M. Ketten und Theile von solchen, roh 6 gegen 3 und 6 M. bearbeitet 15 gegen 10 M. (Fischer keine Ketten 24 M.) Reitketten und Fahrradsätteltheile roh 10 M. bearbeitet 15 gegen 24 M. Schlitzschuhe und Rollschuhe 15 gegen 10 M. Bau- und Möbelbeschläge, Scharniere, roh 6 M. bearbeitet 12 M. Schlosser und Schlüssel ohne Verbindung mit anderten Metallen 15 Mark, mit Schlüssellochrohren, Riegelpfosten, Schlüssellochdecken und dergleichen aus anderten unedlen Metallen 20 M. (bisher grobe Eisenklöpfer 10 M. feine 24 M.). Gelbgränke und Geldkästen 20 Mark, Möbel und Turnergräthe, auch aus nicht schmiedbarem Guß 15 M. (bisher grobe Eisenmöbel 6 M. und 10 M. feine 24 M.). Feine Schmiedearbeiten, wie feine Messer, Scheeren, blanke Waffen und dergl. Perlen und Schnallen, Fingerhüte, Kofzächer, Stahlkugeln, Knöpfe und dergleichen, roh 15 M. bearbeitet 24 M. Kunstschniedearbeiten 24 M. Schirmgestelle und Gestanthäuse

von solchen 24 Ml. gegen 6, 10 und 24 Ml. Federn, auch Blankheit 20 Ml. Schreibfedern, auch mit vergoldeten Spitzen 90 gegen 60 Ml., Nadeln 60 Ml., Näh-, Strick-, Stich- und Webmaschinen-Nadeln 200 Ml., Krähen-, Stich- und andere Nadeln, auch Angelhaften 80 gegen 15 Ml. Eisenhand und Stahlspäne 6 Ml., Eisenabfälle 1 Ml., Glühsäne von nicht mehr als 5 Millimetern Stärke frei. —

Aus den erläuternden Bemerkungen erwähnen wir, daß der Begriff „Eisen“ im Sinne des Zolltarifs auch den Begriff „Stahl“ umfaßt. Schmiedbares Eisen in Form von Blacheisen von nicht als 25 Centimeter Breite wird als Blech bezollt. Gezogenes oder gewalztes Eisen wird ohne Rücksicht auf die Form des Querschnittes als Draht bezollt, sofern die größte Abmessung des Querschnittes 5 Millimeter nicht überschreitet. Als bearbeitet im Gegensatz zu roh gelten Erzeugnisse aus Eisen dann, wenn sie eine nachträgliche Bearbeitung der Oberfläche oder Veränderung der Gestalt erfahren haben, um sie für ihren Sonderzweck gebrauchsfähig zu machen, um ihr Aussehen zu heben oder um sie gegen Rust zu schützen. Den bearbeiteten gleich stehenden diejenigen Waren, welche unmittelbar bei ihrer Herstellung ein blankes Aussehen erhalten haben.

Dagegen wird das Anschneiden von Gewinden an Schrauben, Schrauben und Platten, das Vorarbeiten zum Zweck der Prüfung der Gegenstände auf Fehlerfreiheit, das Beschriften von Gußnähten und Ansätzen, das Ebnen von Bruchflächen sowie das Abziehen der verlorenen Köpfe, das Ausziehen von Nietlöchern und das Einbohren von Löchern mit oder ohne Schraubengehäuse, das Blank-schrauben einzelner Teile, ein rauher Oelfarben- oder Farbanstrich, sowie das Überstreichen mit Graphit nicht als Bearbeitung angesehen.

Eisen in Stäben, Blech, Röhren und andere Eisenwaren, die auf mechanischem Wege mit Kupfer, Kupferlegierungen, Nickel oder Aluminium überzogen oder auf chemischem Wege verändert sind, unterliegen, soweit nicht besondere Bestimmungen getroffen sind, einem Zollabschlag von 50 Proz. Sofern für die genannten Gegenstände in politisch oder allgemein in bearbeitetem Zustand besondere Zollsätze bestehen, werden letztere der Berechnung zu Grunde gelegt.

Die Verbindung von Eisenwaren mit andern Stoffen ist, soweit nicht besondere Bestimmungen getroffen sind, nur dann auf ihre Verzollung von Einfluß, wenn in andern Tarifabschnitten vorgeschrieben ist, daß Waren, auch wenn sie nur teilweise aus einem Stoff hergestellt sind, ebenso verzollt werden sollen, wie die ganz aus diesem Stoff hergestellten Waren. (Schluß folgt.)

Die Gemeinschädlichkeit der Syndikate.

Der zur Zeit in Amerika tobende Kampf zwischen dem Morganischen Stahlkonzern und der Stahlarbeiter-Union gibt erneut Anlaß zu einer kritischen Beurtheilung der Unternehmertvereinigungen, speziell solcher Vereinigungen, die direkt in die Warenanproduktion, in den Betrieb der Güter und damit unmittelbar in das Wirtschaftsleben eingreifen. Die amerikanischen Unionen befürchten eine Auflösung der Arbeiterorganisation durch den Stahl-

Neuer Sonnenmotor

schreibt Oberingenieur G. Dietrich - Berlin in der Frankfurter Zeitung:

Seit der Geburtsstunde der *m e c a n i c a n* in der *Wärmelehre*, in der die Hervorhebung erinnert, daß alle unsere *wärmige* Wärme mit einem Theil der *zu uns her niedergeschlagenen Sonnenwärme* ist, häuft sich Berichte auf, welche den ungeheuren Nutzen zu beweisen, den wir in der *Verwertung* dieser Sonnen-

Wir sind gewohnt, den großen Theil unserer mechanischen Arbeit der großen Kraft „Wärme“ zu entziehen, haben die Wärme nur und jetzt in ungemeiner Reize zu unserer Verfügung und müssen doch die kompliziertesten Apparate erfinden und mit unendlicher Geduld warten und betreiben, in denen wir aus Eisenen, die Wärme zuverloren lassen, Form erhalten, die latente Wärme herausbefüllen. Ein wenig erinnert uns dies an die Achtungen des Mittelalters, die auch Frei jungen, was nicht zu jagen war, die sich mit dem lieben Spalte der Wissenschaft selbst an der Rose herumtrieben.

Der Gedanke, die Sonnenwärme mögl. erst in ihrer vielleicht hundertsten Form, sondern einer jeden, in jederlei und dritten Form in Bewegung zu bringen, hat auf den ersten Blick etwas Denkmalserhabendes, was uns sehr leicht geneigt zu einem Spott, der das Lachende bringt, als das ironische. Et deshalb ausgenommen

Sogar in verschiedensten Sinnen wieder ein sogenannter Sonnenmotor ist dabei gefestigt worden, der auf direktem Wege die Sonnenwärme führt in der dritten Stufe die mechanische Arbeit ausübt. Die Scientific American bringt die „Wärmetrommel“ und eine Beschreibung der in ihrem Innern angebrachten Maschine.

Die Wärmetrommel eines solchen Spiegelapparates besteht aus einer zentralen rotierenden Dampfzelle, die Spiegel auf den die Sonnenwärme zu integriert sind, so dass diese Spiegel doppelter Spiegelung erzeugt

tritt. Der Selbstbehaltungstrieb zwang sie dazu, von der Unternehmertvereinigung die Anerkennung der Lohnskala auch für die Nichtunionisten zu verlangen. Würde man mit dieser Forderung durchdringen, so hätte man damit praktisch eine ungeheure Stärkung der Arbeiterorganisation erzielen. In demselben Maße wie die Macht der Arbeiter wächst, schwindet für die Trustleute die Möglichkeit, die Stahlarbeiter-Union zu sprengen und die durch diese erzielten teilweise geregelten Lohnverhältnisse durch schrankenlose Willkür der Unternehmer auf dem Arbeitsmarkt zu erlösen. Daß die Arbeiter in dem entstandenen Riesenkampf einen vollen Sieg erringen, ist kaum wahrscheinlich, obwohl die allgemeine Sympathie auf ihrer Seite steht. Mit Sympathie allein kann man keine Schlacht schlagen. Der Herrscher hält es im Kriege nun einmal mit den besten Kanonen, mit dem besten Rüstzeug. Und das beste Rüstzeug, die größere wirtschaftliche Macht, haben die Unternehmer. Daß die Trustleute ihre Macht zum Nachteil der Arbeiterschaft voll ausnutzen werden, jetzt im Kampfe sowohl wie nachher, ist zweifellos.

Das deutsche Unternehmertum steht dem Riesenkampf mit gemischten Gefühlen gegenüber. Nicht aus Sympathie für die Arbeiter, sondern aus Rücksicht auf das stets maßgebende Tascheninteresse wünscht man den Arbeitern Erfolg, einmal weil von einem länger andauernden Kampf eine Steigerung der Nachfrage auf dem Weltmarkt erwartet wird, andererseits hofft man, eine Niederlage des Trustes werde die gefürchtete amerikanische Konkurrenz etwas niederschlagen. Im Übrigen hält es das deutsche Unternehmertum als Verfestigung einer Klasse mit der amerikanischen Kapitalistenschicht und wie die amerikanischen Stahlarbeiter ihre Landesgenossen aber Klassegegnern als erbitterte Feinde gegenüberstehen, ebenso feindlich tritt der deutsche Unternehmer dem für seine wirtschaftliche Existenz kämpfenden Proletariat entgegen. Nicht nur das Tascheninteresse der Unternehmerschicht, in bestem Einklang damit auch der Haß dieser Klasse gegen die Bemühungen der Arbeiterschaft sind international

Nationalität, Patriotismus sind aber vorzugsweise beim deutschen Unternehmertum Echtagworte, die als Vorschlagschild dienen in der Befriedigung der wildesten, skrupellosen Massenlust. Bei dem Unternehmertum muß der Begriff: vaterländisches, nationales Empfinden zusammenfallen mit der Möglichkeit, das Tascheninteresse zu bestreiten, was darüber oder darunter ist, ist für den Kapitalisten von Nebel, ist antinationell, vaterlandsverrätherisch und vor allem unmütiglich. Der freiwerdende Bürgertum ist ein staatsverherrlichendes, der vorwärts strebende Landesgenossen degegen ein staatsgefährliches Element, des ins Reichthum gehört. Von diesem „nationalen“ Geiste bestimmt sind auch die denijden Unternehmertverbände. Ihr oberstes und einziges Prinzip lautet: Profit! In der Erörterung dieses Prinzips wird jede Rücksicht auf das Wohlergehen der Arbeiterschaft und der nationalen Wirtschaft zurückgestellt. Diese Tendenz sei noch besonders bei den Verbänden der Rohstoffproduktion (Kohle-, Kohlen-, Eisenhüttenindustrie) herausgestellt.

Durch eine skrupellose Preispolitik, durch rücksichtlose Ausnutzung ihrer Macht haben die Syndikate zur Verstärkung der Krise, zur Verwirrung auf dem Wirtschafts-

markt, zur Benachteiligung der nationalen Industrie und zum Schaden nicht nur der Arbeiterschaft, sondern der Gesamtirtschaftswirtschaft wesentlich beigetragen. Die „rationale Wirtschaftspolitik“, mit der man jetzt noch ungeniert häufig geht, löst sich in Wirklichkeit auf in durch keine Bedenken behinderte Profitsucht.

Vereits im Frühjahr 1900 traten die Zeichen der kommenden Krise in Erscheinung. Eine wilde Spekulation hatte eine Nachfrage erzeugen lassen, die weit über das Bedürfnis hinausging. Um sich zu decken, gaben Händler umfangreiche Spekulationsordres ab. Wie Pilze schossen neue Unternehmungen empor, die bestehenden Anlagen wurden bedeutend erweitert, in den Industriezentren ergoß sich ein breiter Strom durch Agenten und glänzende Schilderungen angelockter Arbeiter; trotzdem schien es unmöglich, daß vermeintlich vorhandene Bedürfnis auf dem Marktmarkt zu decken. Wohl waren einsichtsvolle Nationalökonomen vor einer Überschätzung des Marktes, besonders war es die Arbeiterspreche, die lange vorher, ehe die ersten Krisenzeichen offen erkennbar in Erscheinung traten, auf das Ungesunde der Verhältnisse hinwies. Aber die einmal entfesselte Gewissenssucht der Anlage suchenden Kapitalisten, dazu die tendenziösen Berichte der neuesten Unternehmungen und einer im Grüben siedelnden Spekulation ließen alle Warnungen in den Wind, bachantisch wild, sinnlos in der Gier nach mühselosem Gewinn rasste der Tanz ums goldene Kalb.

Diese Verhältnisse wurden von den Syndikaten der Rohproduktion weidlich ausgenutzt. Nicht nur schnellsten die Preise gewaltig in die Höhe, die Syndikate nötigten den Verbrauchern den Abschluß von Verträgen auf, durch die diese auf ein Jahr und länger zur Abnahme von bestimmten Mengen zu den höchsten Preisen gebunden wurden. Die verbrauchenden Werke befanden sich in einer Zwangslage. Zunächst wollte man doch von der günstigen Lage profitieren und zwar nicht allein durch Preissteigerung, sondern auch durch mögliche Steigerung der Produktion. Die Voraussetzung hierzu war aber die Sicherung der erforderlichen Rohmaterialien. Unter der künstlich genährten Furcht, die Produktion werde mit der Nachfrage nicht gleichen Schritt halten, fügten sich die Werke dem diktatorischen Vorgehen der Syndikate. Diese wieder „regelten“ auf Grund der vollzogenen Abschlüsse ihrerseits die Produktion.

Die Angst vor einer Unterproduktion wich aber seit Mitte des vorigen Jahres dem Schrecken der Krise. Daß unvermittelt stellte sich eine Überspannung des Marktes heraus. Für bedeutende Aufträge war gar keine Deckung vorhanden, die Händler hatten mit den Werken auf bestimmte Mengen abgeschlossen, um jederzeit den Bedarf, über den man die übertriebenen Meinungen hegte, bestreiten zu können. Woer da weit über den Bedarf hinaus Aufträge erfolgt waren, konnte für einen Theil derselben natürlich keine Spezifikation eintreten, neuere Aufträge kamen auch nicht herein. Die Werke für Halbzug- und Fertigfabrikation sowie die Hochfertigwerke waren den Rohproduktionsindustrien aber zur Abnahme der vertraglich abgeschlossenen Mengen verpflichtet. Die willkürlich noch in Händen der Händler befindlichen oder sonstigen Aufträge kamen nur unter der Bedingung umfangreicher Preisnachlässe heraus.

Zieht, die Wärme der Sonne am Tag oder entnehmen diese Wärme großen natürlichen Akkumulatoren, in denen sie aufgespeichert ist, und verwenden sie des Nachts.

Wie oft hört und liest man von den Erfolgen unserer neuen Wissenschaft, wie, schwache Menschen bezwingen die Naturkräfte, — als ob sich diese elementaren Gewalten, deren Wesen wir gar nicht kennen, die sich uns doch nur in ihren Auswirkungen zu erkennen geben, so mit nichts, die nichts wie Puppen durchdringen ließen. Wir haben allerdings gegenüber früheren Zeiten viel gelernt, vor allen Dingen das, die Naturkräfte nicht wie Sklaven zu zwingen, nach unserer Weise zu tanzen, sondern durch verträgliche Auswahl ihrer Erscheinungen und rechtzeitige Benutzung ihrer augenblicklichen Neuerungen sie durch sie selbst unersetzen Dienstbar zu machen.

Hierin und in den vorhergegangenen Sätzen liegt die Antwort auf die Frage nach den Mißfolgen der Sonnenmotoren in ihrer jetzigen Form, gleichzeitig aber auch der Hinweis auf die Unmöglichkeit der Verwertung der Sonnenwärme auf diesem direkten Wege.

Die bis jetzt bekannt gewordenen Sonnenmotoren verbrannten im wahrsten Sinne des Wortes die Sonnenwärme, und zwar gleich so gründlich, daß nichts von ihr übrig bleibt, selbst wenn nur auf kurze Minuten durch eine Wolke ihre Zufuhr unterbrochen wird. Man vergißt, wenn man die Lösung der Frage auf dem hier vorgeführten Wege anstrebt, ganzlich, daß wir uns einer freien Staatsförderung der Natur mit all ihren Zusätzlichen gegenüberfinden und daß wir nach unseren sämtlichen anderen Erfahrungen mit den Naturkräften immer mit denn Erfolge hatten, wenn sie uns in einer gebundenen latenten Form zur Verfügung standen, wenn wir sie aus dieser Form befreien konnten.

Auch sind wir aber in der That darauf angewiesen, auf Mittel und Wege zu finden, uns andere Wärmequellen zu schaffen, wie die, welche uns jetzt zur Verfügung stehen. Seitdem wir gewohnt sind, so wenig wie möglich selbst mechanisch thätig zu sein, alle Verrichtungen, die mit Anstrengung von Arbeit verbündet sind, durch die Maschine ausführen zu lassen, ist der Bedarf an mechanischer Arbeit

biegsame Stäben, ebenso die Speisung des Kessels. Der ganze Dampf-Erzeuger ruht einziglich des Spiegels auf einem drehbaren Spiegelgestell, das mit einem Lanzenwerk direkt verbunden ist, d. h. es ist jetzt mit seiner Achse von selbst in die Sonnenachse gestellt. Es wäre dies also, abgesehen von gelegentlicher Schärfung und Reparatur, eine geradezu ideale Kraftquelle. Bekannt sei noch, daß der Spiegel einen Durchmesser von etwa zehn Metern besitzt und aus leichtem, ebenflächigen Glasplatten zusammengesetzt ist.

Zum Weiteren ist diese Idee keineswegs neu und hatte ihre Vorgänger in den Konstruktionen von Herkömmen, Tritton und Küttig, welche letzter in Nordafrika einige Sonnenmotore in Betrieb stellte, die so lange arbeiteten, bis man ihn überzeugt hatte, wie unpraktisch sie waren. Das sich Eulsd, Arzimedes, Heron von Alexandria mit demselben Gegenstand beschäftigt haben und so eine die gleiche Erfolge erzielen, dürfte weniger bekannt sein.

Die Frage nach dem Barium dieser Wärmefolge ist leicht beantwortbar. Die Antwort ergibt sich aus eigentlich ganz von selbst, wenn wir nur beliebige Analogien aus dem Felde der uns bekannten Methoden, Bewegungen zu erzeugen, herausziehen.

Wenn wir einen Dampfkessel heizen, so sorgen wir für diejenige Menge Kohlen im Vorans, die wir zu einer bestimmten Dampfmenge vorausichtlich nötig haben. Wir können dann ganz genau, wieviel wir heizen können, wissen, aber auch, daß außer den herangebrachten Kohlen noch andere jederzeit zu haben sind.

Wenn wir elektrisches Licht erzeugen, sorgen wir, so weit wie möglich, sofern vielleicht mit Spannung zur Verfügung steht, für die Leistung eines möglichst großen Akkumulators, um im Falle einer Störung des Batteriesystems immer noch einen Stromabstrom zu begleiten. Ähnlich ist es bei Druckwasseranlagen, ähnlich bei verschiedenen Einrichtungen, bei Gasverteilern, usw. usw., so wie Arbeit, d. h. Bewegung für längere Zeit erzeugen wollen.

Wie begegnen wir dem Nachts? Wir kommen das

Da man an eine vorübergehende Kalamität dachte, war man zu den Preisnachlässen seitens der Werke bald geneigt, ebenso bezüglich der Anforderungen auf Erleichterung in den Abnahmeverpflichtungen. Die Gefundung des Marktes, die das Resultat dieser Maßnahme sein sollte, trat jedoch nicht ein, die Erfahrung auf dem Wirtschaftsmärkte wurde nur noch größer. Andersseits erfuhrn die Werke mit ihren Forderungen an die Syndikate auf Zugeständnisse — Preisnachlass und Abnahmelerleichterung — strikte Ablehnungen. Die Könige der Industrie bestanden auf ihrem Schein, die Werke müssten abnehmen und zahlen, obwohl sie selbst keine Abnehmer hatten. Auf den Werken sammelten sich große Materialvorräte an, die Preise der Waren — Halbzeug und Fertigfabrikate — gingen sprunghaft zurück, Betriebe wurden eingeschränkt, es kam zu Arbeiterentlassungen; die Lage blieb prekär, wurde und wird nur noch trübler, die Leute erfuhrn ganz gewaltige Bewegung nach unten. Feierschichten traten hinzug, kleinere Betriebe legte man bereits still. Alles dies hat nicht geholfen, weitere Lohnrucktionen, Betriebs einsichtsanlungen stehen in Aussicht.

Die Syndikate halsten sich im Sinne ihres nationalen Wirtschaftspolitik. Obwohl der Reichstag, obwohl weite Kreise des Unternehmertums, obwohl zahlreiche Handelskammern usw. usw. sich in lebhaften Klagen über die Preispolitik der Syndikate ergingen, im Interesse der deutschen Gesamtvolkswirtschaft ein Rückweichen von der oberen Preislinie verlangten, blieben die Syndikate hart, sie hielten die Preise auf jährlindner Höhe für den Inlandsverbraucher, schränkten die Produktion ein und verschleudern nach dem Auslande! Nun tritt die Gemeinschädlichkeit der Syndikate recht frisch in Erscheinung. Um an das Ausland billiger verkaufen zu können, muß die deutsche Industrie Lieferpreise bezahlen, dadurch wird die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Produzenten auf dem Weltmarkt natürlich direkt stark unterbunden. Die Sache wird aber noch schlimmer, weil infolge der billigen Rohmaterialien und, wie z. B. in Holland, wegen Fehlens der Lebensmittelvölle und absolut billigeren Arbeitskräfte, der ausländ. Erzeuger in den Stand gesetzt wird, den deutschen Produzenten sogar im Inlande erfolgreich Konkurrenz zu machen. Selbst das Organ des Schaffnacherverbandes, die Halbmonatschrift „Stahl u. Eisen“ konnte sich nicht enthalten, schon vor Monaten auf die ruinöse Wirkung der Syndikatspolitik hinzuweisen. Zahllos sind die Stimmen, die sich gegen das Gebahren der vollständig in der Sucht nach Gewinn besagten Syndikatmänner erhoben. Vergeblich! Viele Werke sind durch die stücksichtslosigkeit der Syndikate direkt dem Ruin entgegengeführt, andere können nur unter Aufwendung großer Opfer sich über Wasser halten. Und wer trägt in letzter Linie die Kosten? Das ist der Arbeiter!

Gewaltig ist das Heer der Arbeitslosen heutzutage, welches vergeblich von Fabrikthor zu Fabrikthor wendend um Beschäftigung nachsucht, und die Scaat der Bedauernswerten wird noch wachsen, wird, wenn nicht alle Anzeichen trügen, im nächsten Winter eine bedächtigende Stelle erlangen. Die noch in Arbeit Stehenden müssten sich zum Theil umfangreiche Lohnrucktionen gefallen lassen, dazu wird die Leistungsfähigkeit des Einzelnen bis zum Außerordnen angepumpt. Und mit Beendigung der Krise sind die Arbeiter noch lange nicht von der Zahlung der Kriegskosten befreit.

um das Millionenfache gestiegen und wird gegenüber der Zeitzeit noch um das Vielmillionfache steigen, — wir sind seit kurzen hundert Jahren immer noch im Anfang einer neuen Kulturrepoche, deren Merkmal der ungeheure Bedarf der Menschheit an mechanischer Energie ist.

Absesehen von der Erfährllichkeit unserer Kohlenlager, über die den Kopf zu zerbrechen wir unseren Nachkommen überlassen können, ist die Erzeugung mechanischer Arbeit aus den Steinkohlen auch schon heute zu teuer und ein Hindernis für die Verbreitung vieler wissenschaftlicher Errungenschaften. Der Handelswert der Steinkohle liegt nicht in der Seltenheit ihres Vorkommens, ist kein absoluter, wir, die wir mit der Erfährlung der Kohlenlager noch lange nicht zu rechnen brauchen, könnten von einem absoluten Wert der Kohle überhaupt noch nicht reden, er liegt vielmehr lediglich in der für ihre Zurtagshaltung aufgewandten Arbeit. Wir bezahlen in der Steinkohle nicht die Wärme, die sie enthält, sondern vielleicht nur einen kleinen Theil derselben; der größte Theil des Betrauwartes muß für ihre Förderung bezahlt werden.

Und da fragt es sich, läßt sich kein Verfahren finden, das uns auf billige Weise in den Stand setzt, in den Besitz eines Wärme-Akkumulators zu kommen, als auf dem eben erwähnten Wege? Oder, um die Frage in anderer Form zu stellen: Wäre es nicht möglich, die direkte Sonnenwärme, statt auf einen nicht regulierbaren Dampfheizel, auf einen anderen Körper wirken zu lassen, der die Wärme zwar auch aufnimmt, von dem sie aber sofort wieder abgenommen werden muß, von dem sie zu beliebiger Zeit und zu beliebiger Verwendung entnommen werden kann?

Solange diese Frage noch nicht gelöst ist, wird alles Streben nach einer direkten Ausnützung der Sonnenwärme nutzlos bleiben. Direkte mechanische Konstruktionen bleiben im besten Falle eine ganz nette Spielerei, bis wieder ein G. a. b. a. kommt, der mit einem abgerundeten Großschädel der Menschheit neue Bahnen weist.

Das durch den wirtschaftlichen Rückgang in Mitteleuropa gezogene Unternehmertum wird nicht nur während der Krise, sondern auch nachher durch gesteigerte Ausnutzung der Arbeitskräfte sich schadlos zu halten versuchen. Je schwächer der Arbeiter, desto besser wird der Unternehmer sein Vorhaben durchführen können. Die Stärke des Arbeiters besteht aber lediglich in seiner Organisation. Nur durch diese kann er anmaßenden Bestrebungen der Unternehmer entgegentreten, kann er eine Verschlechterung seiner wirtschaftlichen Lage verhindern.

Nichts ist daher befehpter, als bei ungünstigen Verhältnissen auf dem Weltmarkt seiner Organisation unterzuwerden. Gerade jetzt ist der Zusammenschluß der Arbeiter dringend geboten, gerade jetzt ist es Zeit den Ruf zur Organisation immer dringender erlösen zu lassen.

Gegen das gemeinschädliche Treiben der Unternehmerverbände gibt es für den Arbeiter nicht stille Designation, nicht Fügen in die Unternehmerwillkür, sondern gemeinsame organisierte Kampf! Die Macht der Syndikate muß möglichst paralysiert werden durch die Macht der Arbeiterorganisation, durch ein Massenbewußtes und in diesem Bewußtsein handelndes Proletariat. W. D.

Das Wassergas bei der Wirtschaftskrise.

Von Dr. Hermann Lehner, Charlottenburg.

I.

Vor einiger Zeit wurde in dieser Zeitung* ein Theil meines Schriftchers „Heizungstechnik gegen Kohlennoth“ abgedruckt. Im Anschluß daran möchte ich eine Beziehung hervorheben, die meinen darin erörterten Vorschlag, in den Gemeinden Zentral-Wassergasheizung einzuführen, vom besonderen Standpunkt der Hüttenarbeiter und Metallarbeiter überhaupt beleuchtet. Diese Ausführung war in dem kleinen Heftchen** nicht am Platze; sie ist aber hier sehr zweck- und zeitgemäß, weil über diese Arbeiter die Krise hereingebrochen ist, dieselben schwer schädigt und sie für den Winter und darüber hinaus mit freigendem Elend bedroht.

Es handelt sich darum (wie für Diejenigen, welche die Schrift nicht kennen, kurz wiederholt sei), die Kohlen in einfachen Apparaten durch Einleitung von Wasserdampf, während dieselben sich in Glühbirne befinden, zu einem sehr billigen Gas aufzulösen, das vorzügliche Heizkraft hat und ohne Rauch verbrennt. Dieser als „Wassergas“ bekannte Brennstoff wird wegen seiner Vorzüge in der Eisenindustrie vielfach angewendet, z. B. bei Schulz, Kraatz & Co., Essen. Da es auch für gleiche Leistung im Haushalt und in den meisten Fabriken in der Heizkraft viel billiger ist als Kohle, so sollen die Gemeinden das Wassergas im Großen herstellen und ihren Mitgliedern zugänglich machen, wie das Wasser aus der Wasserleitung. Um alle Vortheile des Wassergases vollkommen auszunutzen, müßte es unmittelbar an der Kohlengrube oder, wenn möglich, unten in der Grube hergestellt werden. Dann werden am Brennstoff die Fracht, Lade- und Stapelfosten gespart, die Aufschläge des Handels ausgekehlt und im günstigsten Falle auch die Förderosten zum Theil vermieden. (Näheres darüber ist in der erwähnten Schrift ausgeführt.) Zu dieser Anerkennung der Gaserzeuger ist aber Voraussetzung, daß eine Leitung von der Grube nach der Gemeinde geführt wird.

Hier liegt der besondere Vortheil für Metallarbeiter, insbesondere Hüttenarbeiter. Hier wären sie betont, zur Beschleunigung der geplanten Gemeindeunternehmungen einzusezen. Diese Wassergasleitungen sind Anlagen aus Eisen, und zwar große Anlagen, und die Herstellung derselben würde den Hüttenleuten gerade jetzt, wo ein Hochofen nach dem andern ausgeblasen wird, noch ein guter Theil Beschäftigung gewähren und ihnen die Krisenzeit mildern. Außer den Hüttenleuten würden auch die Arbeiter für die weitere Behandlung des Eisens, die nötig ist, um die fertigen Leitungen zu vollenden, auf längere Zeit anhaltenden Verdienst finden.

Das läßt sich im Allgemeinen ohne Weiteres einsehen, es kann aber im Besonderen gezeigt werden, wie erheblich die Leistung ist, welche den Hüttenleuten an den Wassergasbauten zugethieilt würde.

Die Wassergasleitungen für die Gemeinden sind von verschiedener Größe und Länge; ein bereits ausgerechnetes Beispiel — das Rohr nach Berlin — ergibt ein Eisengewicht von 36,200,000 Kgr. oder 36,200 Tonnen, wenn nur ein glattes Rohr von 5 Millimeter Wandstärke und 3 Mr. Durchmesser gerechnet wird, ohne allen Nebenverbrauch von Eisen. Um diese Masse wegzuholen, braucht man 3620

Doppelwaggons oder 100 Eisenbahnzüge von 36 Wagen.

Nun erzeugt ein größerer Hochofen täglich mit hundert Tonnen, ein solcher hätte also ein volles Jahr zu thun, um die Berliner Leitung zu liefern. Über Berlin braucht zur Sicherheit ein zweites solches Rohr, welches für gewöhnlich den Vorortbedarf decken würde, so daß sich bei einem Unfall an der Leitung Berlin und die Vororte gegenseitig ausschließen. Dieser Umstand beschäftigt einen zweiten großen Hochofen für ein Krisenjahr.

Bei den Eisenhüttenbetrieb kennt, versteht, daß ein solcher Hochofen kein bei Seite stehender Apparat ist, den man heute einmal braucht und morgen einmal nicht benötigt, sondern der Mittelpunkt einer großen Anlage von Fabrikgebäuden mit Maschinen, Gebläsen, Dampfkesseln, großen und kleinen Schienen, Gleisen, Pumpen, Hebwerken, einem Güterbahnhof u. s. w. Berücksichtigt doch der Ofen für seine 100 Tonnen Eisen das dreifache bis vierfache an Rohstoff, also einen Eisenbahnzug voll täglich! Und dieser Rohstoff ist von Arbeitern aus der Erde geholt, von Arbeitern befördert und — soweit er Rohs ist — schon von Arbeitern einer Fabrikation unterzogen worden; Arbeiterposten allerwärts halten das Werk im Gange. Diese Anlage ist also das moderne Werkzeug einer organisierten Arbeiterschaft, die damit ihren Unterhalt findet, der Brennpunkt ihres Daseins. Zu dieser Arbeiterschaft gehören Familien, gehören Händler und Produzenten, die ihnen ihren Bedarf liefern, und deshalb bedeutet der Stillstand oder Betrieb von zwei Hochofen das Wohl oder Wehe, das Gedanken oder Elend eines kleinen Ortes.

Nicht alle Städte werden so viel Eisen zu ihren Wassergasanlagen brauchen, wie Berlin. Andere Orte sind kleiner und haben die Kohlenlager näher, aber dafür sind sie zahlreicher. Es ist vorzusehen, daß nach dem Muster einer einzigen Wassergasstadt, eine Menge anderer Orte zu der besseren Heizung übergehen würden, denn diese ist bei dem gegenwärtigen Zustand der Technik die einzige vernünftige. Dann würde der Eisenbedarf leicht.

So hätten die Hüttenarbeiter die dringendste Anstellung überall, wo sie Einfluß haben, die Heizung zu fordern und die Widerstände dagegen — Trägheitswiderstände und thätige — als die ersten in der Reihe niederzufümpfen.

Es handelt sich nicht um den Bedarf der Fernleitungen allein, auch nicht um das Rohstoffseisen allein. Der Übergang zur Wassergashitzung bringt Eisenverbrauch allerwärts. Allein die allgemeine Beschaffung von Gasgerüden für die Küchen in Berlin, wenn man einfache Herde mit mir 2 Löchern zu etwa 9 Kilogramm Gewicht als Durchschnitt rechnet, könnte einem Hochofen 1 Monat Arbeit geben, dann tritt aber der Eisenverbrauch für Gasmeister, Hausleitungen, Zimmeröfen u. s. w. Also Eisen, außer der geschätzten in unzählbarer Menge überall! Und nicht Roheisen, sondern bearbeitetes, als Guß, Blech, Rohr u. c. auch Messing, Nickel, Blei u. c. waren Formier, Gießer, Schmiede, Klempner und die verschiedenen Metallarbeiter überhaupt die Hände rührten. Alle diese müßten der Gasheizung die Wege ebnen.

Diese Einsicht ist leicht zu gewinnen.

Aber wo soll das Geld herkommen, um das Arbeiterheer zu bezahlen? Dies ist weniger begreiflich. Denn gerade in der Krise erneut, wenn die Arbeiter entlassen, die Walzen und Löffel stillgesetzt, die Gießhallen zugeschlossen werden, wie jetzt, fehlt es an Geld. Die Geldfrage löst sich einfach: Man braucht kein Geld. Die Gemeindewassergasanlagen lassen sich ganz ohne Geld herstellen.

II.

Die Einrichtung der Wassergasheizung durch die Gemeinde ist eine Millionanlage. Trotzdem war gefragt worden, es sei zu diesem großen Bau kein Geld erforderlich. Wie ist das möglich?

Nun, mag es sein, daß irgend ein privater Herr Meier oder Herr Müller durchaus Geld nötig hat, wenn er etwas bauen will, obgleich auch das noch zweifelhaft ist, aber zur Errichtung der Wassergasanlage wird von der Gemeinde sicherlich kein Geld gebraucht, sondern weiter nichts, als die Erlaubnis zu produzieren. Diese Erlaubnis zu produzieren geben in guten Zeiten den Privatleuten über alle Maßen die Bankiers, ziehen sie bei schlechten über alle Maßen zurück und stecken für diese Gemeinnützigkeit unsummen in die Tasche. Sie nennen das Kredit einzurichten, Wechsel diskontieren, Accepte geben u. c. und lassen die Leute glauben, das bedeute ihnen ihr Geld borgen,

* Siehe die Nummern 3, 4, 5 d. J.

** Zeitung, Heimisch, 25. Mai.

obgleich es nicht blos Geld ist, das die Bankiers nicht haben, sondern sogar Geld, das es gar nicht gibt. —

Den Gemeinden, die Wassergasanlagen wollen, gibt diese Produktions-Gesellschaft der Minister. Man nennt das eine Anleihe genehmigen. So wie das geschehen ist, d. h. die Unterschrift auf einem Blatt Papier, ist das vermeintliche Geld da an allen Stellen, wo es fehlte; die Hochöfen, welche fehlen sollten, könnten ihren vollen Lohn nach Hause tragen, rüstige Menschen gehen ans Walzwerk anstatt auf die Walze und die Bankiers verkaufen wieder Schinkenstücke.

Dieses Wunder vollzieht sich in recht natürlicher Weise. Wollte z. B. die Stadt Berlin Wassergas anlegen und glaubte 25 Mill. Mark dazu zu brauchen und hätte die Genehmigung zu einer Anleihe in dieser Höhe, so brauchte sie nur bei den Hüttenwerken anzustragen: „Wer liefert mit für (sagen wir) 10 Millionen Mark eiserne Röhren nach Vorschrift, wenn ich mit 4 prozentiger Anleihe zum Vollmerthe bezahle“, d. h. wenn ich statt 1000 Mk. ein Blatt Papier gebe mit der Aufschrift: dieses bedeutet 1000 Mk. Schulden der Stadt Berlin und das Ver sprechen, dem Inhaber jährlich 40 Mark zu zahlen. Bei dieser Frage würden sich die Hüttenwerke um den Auftrag reißen. Eines möge ihn bekommen. Die Direktion dort hatte vielleicht soeben erklärt, daß sie zu ihrem Bedauern nicht mehr länger in der Lage sei, „ihre“ Arbeiter zu „unterhalten“; sie nimmt ihre Kündigung zurück, läßt in vollen Schichten Eisen und Röhren herstellen und ist plötzlich in der gegenwärtigen Lage, obgleich nichts in ihre Hände gekommen ist, als die Aussicht auf einen Pack verlichtographirter Papiere.

In dieser Weise kann die Stadt in der Zeit der Geschäftsstodung alle Unternehmer bezahlen, die zu dem Wassergasbau Lieferungen — Leistungen — geben. Nicht bezahlen kann sie ja nur ihre eigenen Arbeiter und vielleicht einige Bauern für die exproprierte Grundfläche des Rohrstranges. Aber wenn sie diesen Baues aus der Steuerfasse gibt und dafür anderen Lieferanten Anleihebüro, die sonst bautes Geld bekommen hätten, so bringt sie die ganzen 25 Millionen unter.

Die übliche „Emision“ der Anleihe ist ganz überflüssig. Sie ist ein Umtausch, ein wie thörichter wird deurlich, wenn man sich eine solche Emision greifbar vorstellt. Ein Stadtrath führt mit geschäfts schwerer Miene zum Bankhaus und fragt den Chef, ob er die 25 Millionen unterbringen will. Sehr wohl sagt dieser, aber . . . „Mühlhaltung, schwere Zeiten, Geldknappheit usw.“ — also nur zu 99. Das heißt, die Stadt muß mit von den 25 Millionen eine viertel geben. Derselbe Chef beherrscht Hochöfen in Überschüssen und werdet diesen den städtischen Auftrag zu: „Eine hand wächst die andere.“ Dann schickt er an die Stadttafel 24½ Millionen Scheine, die er von der Reichsbank geholt hat und die Stadttafel gibt diese Scheine im Zahlung für die Eisenhütte an einem andern Blatte desselben Bankhauses. Über die Sache wird einfacher durch Buchhaltung (Sicuroconto) an der Reichsbank erledigt. Der Bankier kann lachen, wenn auch nur heimlich.

Hätte der Stadtrath nicht gewußt, daß er derjenige wäre, der verkaufen müßt, nämlich seine städtischen Schuldenscheine, so hätte er weiter müssen, daß der Bankier derjenige war, der verkaufen möchte, aber viel dringender, nämlich sein Eisen, das jetzt Niemand will. Er hätte der Stadt eine Bierel-Million und eine Drösche gehabt. Wenn es trotzdem immer noch Leute gäbe, welche die städtischen Anleihen „einspielen“ wollen, so sind diese zu bewerthen wie diejenigen, welche mit Kopf und Beinen dafür kämpfen, daß kein Kiel von den städtischen Straßenbahnen dem Privatkapital entgeht.

Wenn die Stadt so ohne Geld bent, so braucht sie innerhalb seines einmaligen 25 Millionen jährlich eine Million Zinsen. Das sieht aus, wie eine schwere und bedeckende Belastung der Steuerzahler und weil die Millionbares Geld ist, aus ob das Leben ohne Geld ein Drama wäre.

Dennoch ist das Thatsache, denn die jährliche Million fliekt aus dem festigen Ton, in dem die den Taschen der Steuerzahler. Das Wassergas soll gewiß nicht unter den Selbstkosten verkauft werden, zu diesen gehören aber die Anlagezinsen, jeder Betriebshaber zahlt die Zinsen im Gespries und diese Zahlung ist keine Belastung, sie ist ein natürlicher Bestandteil und keine besondere Abgabe, denn es gibt in dieser Betriebsart durchaus kein Mittel, das Wassergas aber irgend eine Kosten ohne die Zinsen für das Produktionsmittel zu lassen, diese liegen auf jeder Spur und auf jedem Striegel; es kommt

keine Schippe zur Welt, ohne daß die Zinsen für den Backofen und den Backofen an ihr haften. Uebrigens sind diese Zinsen nur Bruchtheile eines Pfennigs für das Kubikmeter Wassergas, welches für etwa einen Pfennig oder weniger hergestellt wird. Wenn — beiläufig — die Stadt ihr Gas wie jeder Fabrikant behandelt, so schlägt sie noch einen halben Pfennig Gewinn auf das Kubikmeter und hat dann einen reinen Überschüß für die Hauptkasse von jährlich 5 Millionen Mark. Dann würde die Bevölkerung immer noch mindestens fünfmal so billig heizen, als jetzt und hätte alle übrigen Unternehmen nebenbei umsonst.

Genau wie mit der Fernleitung des Gases ist es mit der Hauseinrichtung.

Um die Küchenherde und Zimmeröfen mit Stohanschlüssen anzuschaffen, fehlt allen armen Leuten das Geld und die Armen sind das Volk. Aber ein Küchenherd mit 2 Brennern kostet im Laden 12 Mk., die Gemeinde könnte ihn im Großen sicher für 8 Mk. beziehen; wenn sie ihn mit dem Werthe von 10 Mk. vermietet, so sind die Zinsen bei 6 Proz. jährlich 60 Pf., monatlich 5 Pf. Da wird sich die arme Hausfrau statt des einfachen Zweibrennerapparates wohl einen teureren mit allen Volkskommenheiten für 10 Pf. den Monat anschaffen! Die arme Frau kann den 10 Mk.-Herd nicht kaufen, weil sie Geld geben soll, sie kann sich durch die Stadt eines 20 Mk.-Herdes ersteuern, weil die Stadt überhaupt nicht bezahlt, sondern Anleihe gibt, die aus dem Ertrag des Herdes verzinst und abgestoßen wird.

Uebrigens, sollten die Gemeinden am Gas Gewinn nehmen, was sie wahrscheinlich thun werden und auch thun dürfen, so brauchen sie nichts für Dachbrettung der Herde und Ofen zu verlangen, wie das manche Gasanstalten unter Umständen bereits mit Ofen für Versickerung der rückständigen Roaks vom Feuchtgas gezeigt haben. Je weniger sie den Gebrauch guter Apparate durch Gebühren belästen, desto mehr Arbeit wird in denselben verfügt werden — die Arbeiterschaft hat also doppelte Ursache auf Weiternutzung hierbei in der Gemeindeverwaltung zu dringen.

(Es sei hier im Vorbeigehen darauf hingewiesen, daß die Gemeinden in der dargelegten Weise auch Wohnhäuser und ganze Stadtviertel mit den modernsten Vollkommenheiten errichten könnten, nicht blos Wassergasheizungen. Könnten — wenn sie wollten.)

Wenn es nun klar ist, daß dieser so nützliche Wassergasbau ganz ohne Geld geplant werden kann, wenn der selbe aus der Kraft seines eigenen Vortheils sich zusammensetzt, aus der eigenen wirtschaftlichen Kraft zusammenwächst, sobald nur die Bevölkerung mit Einsicht will und die Organe der Bevölkerung vor dieser Einsicht die hemmende Hand wegziehen, so haben die Arbeiter und, den Anderen voran, die Hütten-Metallarbeiter die Pflicht, sich ganz mit dieser Einsicht zu durchdringen und in ihren Gewerkschaften und in ihren Gemeinden das Wassergas zu fordern. Wenn nur eine Gemeinde sich dazu entschließt, so kommen sie alle dazu und diese Bauten mit Allem, was davon abhängt, beleben die stockenden Gewerbe, lindern die Krise und retten vor der Arbeitslosigkeit!

Keine Tarifgemeinschaft.

Dresden, 17. August.

Der 12. berufliche Mechanikertag, der gestern und heute hier tagte, berücksichtigte über folgenden Antrag des Professors Abbe-Sena:

Die Deutsche Gesellschaft für Mechanik und Optik sowie in gemeinsamer Betreuung der Gesellschaft des Deutschen Technikerfestes (Bremen 1890) ihre Mitglieder empfehlen:

1. die regelmäßige tägliche Arbeitszeit in ihren Betrieben nicht auf mehr als 9 Stunden festzulegen;
2. für alle Nebentätigkeiten und Berufungen einen Bruttolag in Höhe von 25 Prozent, für alle Feiertagsarbeit einen Platz in Höhe von 50 Prozent des regelmäßigen Bruttolohnes zu gewähren;
3. bei aller Tief- und Endlohnarbeit den der entsprechenden Arbeitszeit entsprechenden Zeitlohn als Grundlohn zu gewähren;
4. allen Gehältern, die eine vierjährige ordnungsgemäßige Bezirk unter Lehrlingtag in einer Werkstatt für Maschinenmechanik oder Optik absolviert haben und jünger ein Jahr oder länger als Sechzig Jahre gewesen sind, überall einen Mindestlohn von 21 Mark pro Woche, mit Zusatzlohn für die größeren Städte zuzugestehen.

In seinem fünf zweitürigen Bericht begründete Prof. Abbe den Antrag etwa wie folgt:

„In Anregung aus der Gesellschaft hat sich der Deutsche Mechanikertag bereits in den älteren Jahren mit der Regelung der Tarifgemeinschaft beschäftigt. In Heidelberg legte er einen Antrag zu diesem Zweck vor 7 Prinzipien und 7 Arbeitern ein, der 1889 in Jena zusammentrat. Der Deutsche Mechanikertag in Bremen von 1890 billigte im allgemeinen die ausgearbeiteten Normen. Als Ideal

schröbte uns bei diesen Unterhandlungen die Buchdruckertarifgemeinschaft vor Augen. Warum die Angelegenheit in den 90er Jahren einschließt, will ich hier nicht andeuteten. Ich habe den obigen Antrag jetzt gestellt, um eine klare Stellungnahme herbeizuführen.

Nun zum Antrag selbst. Man glaubt immer, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit eine Verminderung der Leistung herbeiführt. Das ist falsch. In der optischen Werkstatt von Karl Zeiss in Jena, die 233 Arbeiter beschäftigt und deren Betriebsleiter ich seit 35 Jahren bin, haben wir uns experimentell mit dieser Frage beschäftigt. Am 1. April 1900 gingen wir ohne Personalwechsel vom 9- zum 8-Stündigten Arbeitstag über. Im letzten Jahre hatte die Gesamtzahl der Arbeitstunden 559,189 betragen. Sie verminderte sich bei der achtstündigen Arbeit auf 509,559 im folgenden Rechnungsjahr. Die Lohnsumme verminderte sich nicht, wie die Arbeiter erwarteten, sie blieb auch nicht die gleiche — sie stieg auf 366,484 Mk. von 345,899 Mk. im Vorjahr. Der Stundenverdienst erhöhte sich von 61,9 auf 71,9 Pf., d. h. er stieg im Verhältnis von 100:116,2. — Die Intensität der Arbeit hatte zugenommen. Das zeigte auch die größere Benutzung der 650 Arbeitsmaschinen der Firma. Die Drehbänke, Fräsmaschinen, Schleif- und Poliermaschinen werden durch elektrischen Strom betrieben. Der Stromverbrauch jeder Woche ist ermittelt durch stündlich wiederholte Ablesungen am Schaltbrett. Bei der neunstündigen Arbeitszeit betrug der Gesamtverbrauch an elektrischer Kraft durch die Maschinen 49,2 Kilowatt für die Stunde, bei der achtstündigen Arbeitszeit 52 Kilowatt. Der Nutzeffekt hob sich im Verhältnis von 100:112. — Die Intensität der Arbeit steigt hierauf mindestens in dem Maße als die Arbeitszeit verkürzt wird, dabei ist sie gänzlich unabhängig vom Willen. Das schnellere Arbeiten geschieht als automatische Anpassung und wird schließlich gewohntsmäßig. Die Arbeiter haben nicht die Empfindung einer größeren Strapaze.

Überstunden vergrößern die tägliche Arbeitsleistung der Arbeiter nur in den ersten Tagen. Werden sie gewohntsmäßig fortgesetzt, so geht die Leistung auf die gewöhnliche Tagesleistung zurück. Hieraus folgt der parabolische Satz: Wenn guter Wille nicht im Stande ist, bei längerer Arbeitszeit eine Mehrleistung herbeizuführen, so ist er auch nicht im Stande bei Verkürzung der Arbeitszeit eine Minderleistung zu verursachen.

Die Verkürzung der Arbeitszeit bedeutet für den Menschen, was für die Maschine der Bergang bedeutet. Das Verlangen nach überlanger Arbeitszeit kommt zwar auf dasselbe hinaus, als wenn der Arbeitgeber zu seinem Arbeiter sagt, wenn Du Deine Arbeit beendigt hast, bleibe noch eine oder zwei Stunden an der Maschine stehen. Die Überzeit ist eine unnötige Kraftvergudeung. Außerdem wird die Ruhezeit gestrichen. Der Arbeiter hat ganz recht, wenn er fragt, warum kapriziert sich der Arbeitgeber darauf, mich länger als neun Stunden im Arbeitsraum festzuhalten, wenn ich ihm doch nicht mehr verdienen.

Durch die Einführung der Achtstundearbeit ersparen wir an Gas, Heizung, elektrischer Kraft 18—17,000 Mark im Jahre.

In Afferarbeit wird mehr geleistet. Das soll nicht heißen, daß die Arbeiter in der Zeitlohnarbeit faulenzen. Bei der Afferarbeit stellen die Arbeiter ihren Kopf mit in den Dienst. Sie lernen ökonomischer arbeiten. Sie lernen mit einem Blick zu erfassen, wo Arbeitskraft gespart werden kann. Im Jahre 1871 erhielt unsere Werkstatt einen größeren Auftrag zur Lieferung mikroskopischer Instrumente. Unsere Arbeiter hatten bereits viel zu thun. Sie waren scheinbar an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. Da führte ich die Afferarbeit ein. In den ersten sechs Monaten stieg der Arbeitslohn um 30 Prozent. Nach zwei Jahren stand er 60—70 Prozent höher. Die Qualität der Arbeit blieb die gleiche. Die Arbeiterschaft war leistungsfähiger geworden und durch den höheren Lohn zu einer höheren Lebenshaltung gelangt. Ich halte Afferarbeit nicht für Mordarbeit, sondern für die höhere Form der Arbeit. (Lebhafte Bravo). Allerdings muß dem Arbeiter der Arbeit verdient auch ausgezahlt werden.

*

Zunächst wurde die Generalklausur darüber eröffnet, ob der Verein überhaupt eine Vereinbarung über die Arbeitsverhältnisse wünsche.

Dr. Hellner: Ich erkenne die große Wichtigkeit des Vortrages an, stimme aber nicht allem, was ich gehört habe.

Sartorius-Göttingen: Die Verhältnisse der Kleinstädte sind von denen der Großstädte zu trennen, um eine allgemein gültige Norm der Arbeitsbedingungen gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Ich wünsche, daß der Arbeitsvertrag der freien Vereinbarung überlassen bleibt.

Hanke-Berlin: Seit 1889 habe ich die Ehre gehabt, in den vorberatenden Tarifausschuß einzutreten. Ich habe mich in jedem Punkt Pro. Abbe eingeschlossen und war bestrebt, die aufgestellte Norm in Berlin zur Anwendung zu bringen. Mein Wunsch, in unserem Gewerbe eine die Interessen gegenseitige zwischen Arbeitgeber und Arbeiter ausgleichende Stelle zu schaffen, scheiterte an der Haltung der Gesellschaft. Früher oder später wird aber die Tarifgemeinschaft kommen.

Dr. Franke-Hannover, Präsident an der technischen Hochschule und Fabrikant phys.-techn. Apparate: Der obige Antrag hat den bitteren Beigeschmack des Zwanges. Es steht wohl einzig in der Weltgeschichte da, daß aus einer Interessenengruppe der Antrag gestellt wird, sich selber zu treiben. Jeder faust doch so billig als möglich. Welcher Kaufmann würde gleichgültig, ob die Ware gut oder schlecht ist, einen Einheitspreis zahlen? Das gilt auch für den Arbeitsmarkt. Wir können Herrn Abbe nicht folgen, da sonst die Kleinstbetriebe ihre Kunden unmöglich machen. Auch würden manche Arbeitgeber sich ohne Gehilfen behelfen und ungelernte Arbeiter anlernen. Der Antrag bedeutet einen Nachteil für die Meister und für die Gehilfen. Letztere würden sie herab von den leidenden Arbeitern zu stupiden Fabrikarbeitern. Aus dem Höhelnachen, das darüber die freien Gehilfen erheben, erscheint, daß sie nicht den Wunsch haben, einmal Meister zu werden. (Der Berichterstatter hat weder von Höhelnachen, noch von Heiterkeit etwas gehört.) Es ist das Bestreben gewisser Leute, die Kleinstmeister zu

zu tunen. Die deutsche Technik verdankt ihren Ruhm den individuellen, nicht der Fabrikarbeit. In den Fabriken hört das selbstständige Denken auf. Das sieht man in Amerika. Wir sind als Inhaber der Werkstätten Herren im Hause. Wir bringen keinen, bei uns einzutreten. Wenn er aber eintritt, muß er paraten! (Sturmischer, nicht enden wollender Beifall.)

Richter-Dresden: Wegen des einen Exempels des Herrn Professors können wir doch nicht die Arbeiterverhältnisse in unserer ganzen Industrie ändern.

Bedter-Göttingen: Es ist geradezu eine Zumuthung, daß man uns den letzten freien Willen rauben will. In meiner Werkstatt ist durch Verkürzung der Arbeitszeit das Arbeitspotenzial zurückgegangen.

Brunne-Göttingen: Während des Vortrages hatte ich das Gefühl, daß man in Jena sich bestrebt, den Kleinbetrieb niederzudrücken. Man will keine kleinen "Marktfest" haben. Das hat mir mein Werkführer, der früher in Jena war, auf Grund privater Aufzeichnungen bestätigt.

Prof. Abbé: Die letzte Andeutung muß ich energisch auf das schärfste zurückweisen. Orientieren Sie sich genauer, ehe Sie solchen Blatsch an dieser Stelle vorbringen.

Eingegangen ist ein Antrag von Sartorius-Göttingen: Die Deutsche Gesellschaft für Mechanik und Optik beschließt, die Regelung des Gehaltswesens aus ihrem Programm zu streichen und der freien Vereinbarung zwischen Prinzipale und Gehilfen zu überlassen.

Der Antrag wird mit 32 gegen 11 Stimmen angenommen.

Die eingeladenen Gehilfen, etwa 20 Mann, unter ihnen der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, Schlicke, erhalten sich, um den Saal zu verlassen.

Der Vorsitzende Prof. Dr. Krüpp-Hamburg: Bitte, meine Herren, bleiben Sie doch noch. Ich habe während der ganzen Verhandlung mit meiner Meinung zurückgehalten. Ich schließe die Verhandlung mit einer gewissen Bitterkeit. Noch nie hat nach einem Referat, das auf solcher Höhe stand, eine Diskussion von so niedrigem Niveau stattgefunden. Damit schließe ich den 12. Deutschen Mechanikertag.

Die Stellung der Mechanikergehilfen in der Arbeiterbewegung.

Gelegentlich des am 16. und 17. August in Dresden tagenden XII. Mechanikertages der Deutschen Gesellschaft für Mechanik und Optik fanden sich die zu demselben zugeschaffenen Gehilfenvertreter zusammen, um zur Frage der Organisation der Mechanikergehilfen, sowie zu den Anträgen des Herrn Prof. Abbé in Jena an den obigen Mechanikertag, Stellung zu nehmen.

Anwesend waren Gehilfenvertreter: aus Hamburg 1, Braunschweig 1, Berlin 2, Frankfurt a. M. - Bockenheim 1, Jena 1, Leipzig 1, Chemnitz 1, Dresden 2, Liebenwerda 1, München 2 und Stuttgart 1. Außerdem war der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes anwesend.

Einem nicht unbedeutenden Theil der Verhandlungen nahm die Beratung über die Organisationsfrage in Anspruch. Das Referat zu diesem Punkt hatte ein Dresdener Kollege übernommen. Der Referent erkannte die Notwendigkeit der Organisation ohne Weiteres an, er wies darauf hin, wie schwierig es wäre, die Mechaniker zur Organisation heranzuziehen. Er glaubt dies auf die Entstehung des Berufes als Kunstgewerbe zurückzuführen zu müssen, die in die Zeit des Verfalls der fünfzehn falle. Außerdem seien bisher seitens der Prinzipale an die Leistungen ziemlich hohe Anforderungen in Bezug auf die Schulbildung gestellt worden, sobald ein großer Theil Leute aus den besseren Ständen zu dem Kunsthantwerk der Feinmechanik gekommen sei. Mit diesen Leuten, die von Hause aus eine bessere Schule geöffnet und sehr häufig einen nicht unbedeutenden Rückhalt an den Patronenmais ihrer Väter hätten, sei schwer etwas anzufangen. Der Gedanke der Organisation liege diesen Leuten vollständig fern. Die ganze Erziehung in der Familie und in der Lehre sei dazu angehtan, diesen Kollegen einen Dunkel beizubringen, der zwar nicht berechtigt sei, aber doch ein schwer zu überwindendes Hinderniß für die Organisation des Feinmechanikers darstelle. Es sei daher nötig, sich den Anstrengungen der Leute zu nähern, um sie so zur Organisation heranzuziehen. Als ein Weg zur Annäherung und späteren Heranziehung der im Dunkel befindlichen Kollegen betrachte ein Theil der jüdischen Kollegen den Branchenverband. Für diese sprächen aber auch die jüdischen Verhältnisse, die die Errichtung von Sektionen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes deswegen nicht ratsam erscheinen ließen, weil dann die Minderjährigen ausgeschlossen werden müßten. Redner welche einen Entwurf zu einem Statut und erfuhr um vorurtheilslose Prüfung seiner Vorschläge, die nicht entstanden seien, weil er einen Teil in die Bewegung treibt wolle, sondern weil er sich eine bessere Organisation dieses Berufes davon verspreche.

Seitens des Konservativen wird darauf hingewiesen, daß eine exzeptionelle Stellung der Fein- oder Präzisionsmechaniker nur in der Phantasie einiger Kollegen bestehe. Eine in sich abgeschlossene Feinmechanik in dem Sinne, wie es in den 70er und 80er der Fall gewesen sei, gebe es heute nicht mehr. Die Feinmechanik entwickle sich immer mehr zur Großindustrie, das beweisen Geschäfte wie Zeiss-Jena, Bamberg, Goerz-Berlin-Friedenau, Leitz-Wetzlar, Hoffmann & Braun-Frankfurt a. Main-Bockenheim. Auch die Berufs- und Gewerbezählung des Deutschen Reichs von 1895 beweist es. Nach dieser vertheilen sich die rein mathematischen Werkstätten in folgender Weise:

Größe der Betriebe nach Personen	Arbeiter			Gelernte Arbeiter	
	Arbeiter	Gehilfen	Lehrjungen		
bis 5 Personen . .	1074	2188	44	2232	2131
6-20 Personen . .	554	4374	145	4519	4164
21 u. mehr Personen	145	6109	769	6878	5573

Diese Zahlen beweisen zur Genüge, daß der Feinmechaniker auf dem besten Wege sei, sich zum "Fabrikanten" zu entwickeln, und deswegen liege für ihn auch kein Grund vor, sich aufs hohe Ross zu setzen und sich als etwas Besseres zu dünken als andere Arbeiter. Hebrigens sei die Definition des Begriffes "Feinmechaniker" sehr zweifelhaft. Der Feinmechaniker ist, entscheidet häufig genug das Neronius der Werkstatt, in der der betreffende Gehilfe beschäftigt, nicht aber seine persönliche Tüchtigkeit oder die Lehre, die er absolviert hat. Es könnte des Desteren vor, daß ein nach Feinmechanikerbegriffen abschluß einwandfrei e. Kollege, also ein "echter Präzisionsmechaniker" im wahrsten Sinne des Wortes in Betrieben arbeiten müsse, die nicht als Präzisionswerkstätten angesehen werden. Ein solcher Gehilfe werde sehr häufig nicht mehr als Präzisionsmechaniker, sondern als Mechaniker 2. Klasse angesehen. Wenngleich das bei einigen Prinzipalen begrifflich erscheine, so könnte es aber unter keinen Umständen gebilligt werden, daß die Gehilfen, die sich gegenseitig doch kennen müßten und ebenfalls die Ursachen eines derartigen Stellenwechsels beurtheilen könnten, in das gleiche Horn blasen.

In den rein mathematischen Werkstätten seien übrigens auch nicht ausschließlich Feinmechaniker beschäftigt, sondern eine große Zahl im Allgemeinen betriebsfremder, jedoch auf einen bestimmten Artikel angelehrter Arbeiter. Z. B. bei der Firma Zeiss in Jena, die zweifellos eine der ersten Präzisionswerkstätten sei, werden selbst die penibelsten Systeme nicht durch gelernte Mechaniker, sondern durch Spezialarbeiter, die aus dem Dreherberuf herangebildet worden seien, gefügt. Diese Leute leisten, obwohl nicht gelehrte Feinmechaniker, zum Theil eine Präzisionsarbeit, wie sie 95 Prozent der sich Feinmechaniker nennenden Kollegen nicht fertig bringen. In der Elektrotechnik, im Camerabau sei eine ganze Zahl Arbeiter beschäftigt, die ebenfalls nicht als Feinmechaniker geadelt seien, aber doch den Mechaniker ein Stück Mechanikerarbeit abnehmen. Ebenso seien in solchen Betrieben auch andere Arbeiter neben den Mechanikern beschäftigt, mit denen die Mechaniker doch zu rechnen hätten.

Graue diese Entwicklung der Präzisionsmechanik mache ein Zusammensetzen der Feinmechaniker mit den übrigen Metallarbeitern notwendig. In gewissen Betrieben könne der Mechaniker ohne den Schlosser, Maschinenbauer u. c. überhaupt nichts unternehmen. Wolle der Mechaniker z. B. die Verkürzung der Arbeitszeit erreichen, und der Schlosser, Dreher, Maschinenbauer u. c. verhalte sich indolent, so wird der Unternehmer diese Forderung ablehnen mit dem nicht von der Hand zu weisenden Einwand, daß er nicht zweierlei Arbeitszeit in seinem Betriebe einführen könne.

Aber auch in endeter Hinsicht sei die allgemeine Organisation, der Industrievertand, der engen Branchenorganisation vorzuziehen. Die enge Branchenorganisation umfaßt einen verhältnismäßig kleinen Kreis, die Mitglieder kommen über die Verhältnisse ihres Berufes nicht hinaus und werden daher mehr oder weniger einheitlich sich nur von den Interessen ihres Berufes bei ihren Handlungen leiten lassen. Eine allgemeine Organisation erweiterte den Blick und dies sei nur von Vortheil für die Organisation. Weiter sei eine große Organisation bedeutend leistungsfähiger und schlagfertiger. Die ungünstigen Seiten treffen nicht für alle im Industrievertand vereinten Branchen gleichzeitig ein und deshalb könne der einzelne Beruf die eignen schlechten Seiten durch den Rückhalt an den übrigen Berufen leichter verhindern. Zudem sei die Schlagfertigkeit in einem Industrievertand größer als in so und soviel Branchenverbänden.

Um werde gegen den Industrievertand eingewendet, daß er dem Feinmechaniker nicht schadhaft genug sei und daß der Industrievertand dem einzelnen Berufe zu wenig biete. Dies sei nicht ganz richtig, sofern die Berufsgenossen ihre volle Pflicht in dem Industrievertand thun. Wenn natürlich die Kollegen eines Berufes glauben, in der allgemeinen Organisation die Hürde in den Schöß legen zu dürfen, so werden sie in dem Industrievertand gerade so wenig erreichen, wie in der Branchenorganisation. Wenn man jetzt glaube, sich auf das niedrige Niveau mancher im Künftedörfel befangenen Kollegen stellen zu müssen, so beweisen die Erfolge der jetzt die und da bestehenden Mechanikervereine das Gegenteil. In Berlin, Frankfurt a. M.-Bockenheim, Dresden, Chemnitz, Liebenwerda und anderen Orten bestehen solche "Künftler"-Vereine. In diesen Vereinen werde dem Künftedörfel die weitesten Maße Rechnung getragen, es werde dort alles angeboten, um den Anschauungen der Kollegen möglichste Rechnung zu tragen, und trotzdem haben diese Vereine nicht vermocht, mehr als 250 Mitglieder aus den Feinmechanikervereinen in sich zu vereinen. Man habe überhaupt gar keinen Grund, mit der Entwicklung unzufrieden zu sein. Die Zahl der im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Mechaniker sei in jedem Steigen begriffen. Im Jahre 1891, als der Deutsche Mechaniker-Verband zum Deutschen Metallarbeiter-Verband übertrat, waren höchstens 500 Vertretende in Betracht. Die Zahl der Mitglieder (Mechaniker) betrug aber im Deutschen Metallarbeiterverband: am Ende des Jahres 1891: 723, 1892: 971, 1893: 1374 Mechaniker, 457 Optiker, 1895: 2224 Mechaniker, 279 Optiker, 1899: 3117 Mechaniker, 481 Optiker, 1900: 3980 Mechaniker und 413 Optiker.

— Über nicht nur im Verband im Allgemeinen, sondern auch in Dresden, von wo aus die Bestrebungen zur Errichtung eines Spezial-Verbandes ausgehen. Die Dresdener Kollegen haben trotz aller Benützungen in ihren Verein nach über 10-jähriger Thätigkeit 50 Mitglieder vereinigt, während als Einzelmitglieder in Dresden dem Deutschen Metallarbeiterverband über 114 Mechaniker angehören. Gerade dieser Umstand beweise ja, daß auch die gelegischen Schwierigkeiten in Sachsen kein Hinderniß für die Ausbreitung der Zentralorganisation seien. Diese vermeindlichen Schwierigkeiten würden nämlich genau so groß sein, wenn die Mechaniker einen Verband für sich hätten, in dem sie einfach die Hebung der wirtschaftlichen Verhältnisse betrieben.

Redner refutiert daher, daß den konzentrierten Arbeitsmitten auch konzentrierte Arbeitskräfte entgegengestellt werden müßten und empfiehlt einen Antritt an den Deutschen Metallarbeiter-Verband.

In die Reihen krüppte sich eine sehr lebhafte Diskussion, in der sich die meisten Redner auf den Standpunkt

des Konservativen stellten und die schließlich mit einer stimmigen Annahme folgender Resolution endete:

In der Erwägung, daß die moderne Technik auch bedeutende Umsetzungen in der Feinmechanik hervorrufen hat,

in der Erwägung, daß durch diese technischen Verbesserungen, verbunden mit weitgehender Arbeitsverteilung des Übergangs freier Berufe zur Feinmechanik nicht unbedingt erleichtert wurde,

in der schließlichen Erwägung, daß die Feinmechanik immer mehr vom Großindustrialismus aufgesaugt wird und die Feinmechaniker in den Großbetrieben nicht mehr als abgeschlossener Beruf allein, sondern mit anderen Berufen zusammen arbeiten müssen,

hält die Konferenz der Gehilfenvertreter zum zwölften Mechanikertag der Deutschen Gesellschaft für Mechanik und Optik in Dresden eine Organierung der Feinmechaniker mit den übrigen Berufen der Metallindustrie als den einzigen richtigen Weg auch zur Verbesserung der Lage der Feinmechaniker. Als eine solche Organisation, die auch den Interessen der einzelnen Berufe vollkommen Rechnung trägt, erkennt die Konferenz den Deutschen Metallarbeiter-Verband an und erachtet es als eine Pflicht der Kollege der Feinmechanik, sich diesem Verband anzuschließen.

Die Wahl der Vertreter der Arbeiter im Reichsversicherungsamt.

Die für den September d. J. in Aussicht genommenen Wahlen der Vertreter der Arbeiter im Reichsversicherungsamt finden bereits in diesen Tagen statt. Das Mandat der jetzigen Vertreter läuft mit dem 31. Dezember d. J. ab.

Zu wählen sind von den Versicherten:

Für die Gewerbe: Zwei nichtständige Mitglieder und 48 Stellvertreter.

Für die Landwirtschaft: Zwei nichtständige Mitglieder und 48 Stellvertreter.

Für den Seemannsberuf: Zwei nichtständige Mitglieder und 4 Stellvertreter.

Die Wahlen sind von den Beisitzern der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung zu vollziehen und zwar wählen die Beisitzer für Gewerbe, für Landwirtschaft und für den Seemannsberuf die respektiven Vertreter getrennt. Die Stimmen der Beisitzer werden nicht einfach gezählt, sondern sie entsprechen der Zahl der Versicherten im Bezirk der Landesversicherungsanstalt. Die Versicherungsanstalt Berlin hat z. B. 452,644 Versicherte und 45 Schiedsgerichtsbeisitzer. Es entfallen somit auf jeden Beisitzer dieser Anstalt 10,058 Stimmen. Die Landesversicherungsanstalt Thüringen zählt 295,935 Versicherte und hat in den dreizehn Schiedsgerichten 286 Beisitzer, so daß jeder Beisitzer 1034 Stimmen hat.

Das Reichsversicherungsamt versendet die Stimmzettel an die Beisitzer der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung. Diese haben die Namen derjenigen, welche sie wählen wollen, in den amtlichen Stimmzettel einzutragen und diesen in dem beigelegten Couvert dem Reichsversicherungsamt wieder zuzusenden. Die Wahlhandlung soll sich zwar auf einen längeren Zeitraum (etwa 4 Wochen) erstrecken; jedoch ist es wichtig, daß die Stimmzettel unterzüglich ausgefüllt und an das Reichsversicherungsamt wieder zurückgesandt werden.

Unter den gewerkschaftlich organisierten Beisitzern der Schiedsgerichte, sowie unter den Vertretern der Gewerkschaften haben diejenigen, welche sie wählen wollen, in den Stimmzetteln einzutragen und diesen in dem beigelegten Couvert dem Reichsversicherungsamt wieder zuzusenden. Die Wahlhandlung soll sich zwar auf einen längeren Zeitraum (etwa 4 Wochen) erstrecken; jedoch ist es wichtig, daß die Stimmzettel unterzüglich ausgefüllt und an das Reichsversicherungsamt wieder zurückgesandt werden.

a) Für die Versicherten in den Gewerben:

Als erstes nichtständiges Mitglied: Carl Guthe, Schlosser, Berlin, Wienerstraße 27.

Als Stellvertreter:

- August Dach, Zimmer, Berlin, Pfugstraße 17.
- Wilhelm Gotthaus, Dreher, Düsseldorf, Hüttenstraße 156.
- Hermann Broßig, Tischler, Breslau, Satorstraße 26.
- Konrad Wendler, Buchdrucker, Stuttgart, Militärstraße 56.
- Georg Seitz, Dreher, München, Ganghoferstraße 15.
- Eugen Simonowitsch, Maurer, Berlin, Hochstr. 46.
- Richard Jacob, Lagerh., Gersdorf-Zwickau 143c.
- Ferdinand Kiel, Böttcher, Hannover, Friedestr. 41.
- Ernst Brink, Kappelhofsaaltester, Oberhausen, Körnerstraße.
- E. Sellin, Zimmer, Danzig, Al. Bäckerstraße 6.
- Heinrich Bürger, Buchhalter, Hamburg, Weltmannstraße 24.
- Otto Müller, Buchdrucker Frankfurt a. O., Sonnenburgerstraße 59.
- Heinrich Gedmann, Zimmer, Schwerin i. M., Hinterhof 12.
- A. Herren, Schlosser, Königsberg i. Pr., Neugarten-Schönberg 8.
- E. Hodap, Brauer, Weizensee bei Berlin, Wörthstraße 13.
- Johann Blaß, Kürschner, Karlsruhe, Adlerstraße 34.
- Germann Rudolf, Lithograph, Nürnberg, Richard Wagnerstraße 16.

18. Georg Häßrich, Formier, Stettin-Bredow, Gustav Adolfstraße 6.
 19. Wilhelm Lüde, Weber, Neugersdorf, Kreishauptmannschaft Baunzen.
 20. Louis Jacobson, Maler, Berlin, Gürtelstraße 32.
 21. Karl Bamberger, Installateur, Köln, Alte Wallstraße 42.
 22. Julius Weise, Mechaniker, Breslau, Mathiasstraße 110.
 23. Karl Reuber, Tischler, Ohligs bei Solingen, Hochstraße 12.
 24. Wilhelm Danner, Drechsler, Lübeck, Wifstraße 27.
 Als zweites nichtständiges Mitglied:
 Julius Gräzdorf, Töpfer, Dresden-Trachau, Leipzigerstraße 20.

Als Stellvertreter:

1. Friedrich Stügelmaier, Tischler, Berlin, Grünestraße 27.
 2. Karl Weißert, Formier, Hannover, Füssliestraße 4a.
 3. Ulrich Winter, Zigarettensortirer, Magdeburg, Johannesbergstr. 14.
 4. Robert Strabe, Schmied, Chemnitz, Sonnenstraße 50.
 5. Otto Niedel, Buchdrucker, Leipzig-Sellerhausen, Edelstahlstr. 22.
 6. Hermann Fischer, Weber, Gera, Stalauerstr. 16.
 7. E. Lewin, Zimmerer, Kiel, Jungmannstr. 68.
 8. August Deininger, Tischler, München, Sieboldstraße 17, 3. Et.
 9. Johann Merzel, Maurer, Nürnberg, Pfänderstraße 11.
 10. J. Götschel, Bergmann, Hausham, Oberbahern.
 11. Johann Jelich, Fabrikarbeiter, Mainz, Stephanstraße 15.
 12. Paul Leichholz, Goldarbeiter, Pforzheim, Oberhue 14.
 13. Christian Hill, Zimmerer, Eisenach, Ehrensteig 72.
 14. Bernhard Jost, Buchdrucker, Berlin, Blumenstr. 61.
 15. August Lukamm, Goldarbeiter, Hanau, Schützenstraße.
 16. August Roland, Maurer, Braunschweig, Weststraße 58.
 17. Rudolf Strode, Mechaniker, Leipzig-Connewitz, Langenstraße 5.
 18. G. Böttcher, Zimmerer, Hamburg, Schumannstraße 33.
 19. Wilhelm Trompeter, Steinmetz, Frankfurt am Main, im Gewerkschaftshaus.
 20. Franz Rothe, Transportgewerbe-Arbeiter, Rixdorf, Wilmersdorffstraße 10.
 21. Karl Haaschild, Steinmetz, Neu-Weißensee, Friedrichstraße 12.
 22. Johann Peter Horngs, Buchdrucker, Trier, Denkstraße 26.
 23. Max Richter, Formier, Chemnitz, Lützstraße 2.
 24. Kurz, Schuhbinder, Reutlingen, bei Jul. Göppinger, Ledergärtel.

b) Für die Versicherungen in der Landwirtschaft:

- Als erstes nichtständiges Mitglied:
 Joseph Roth, Viehhörter, Wartenberg bei Berlin
 Als Stellvertreter:

1. Christian Bleich, Holzhauer in Nauenburg (Württemberg).
 2. Anton Bruns, Landarbeiter in Barel.
 3. Hermann Richter, Landarbeiter in Lüdensdorf bei Gütersloh.
 4. Esbach, Arbeiter in Gorbach in Waldeck.
 5. Theodor Wagenhals, Holzhauer in Beimar, Friedensgasse 19.
 6. Heinrich Blatt, Schneider beim Landwirt Erich, Gießen, Henkelheimerstraße.
 7. Albert Matzenberg, Landarbeiter in Broizem, Braunschweig.
 8. Heinrich Blaßler, Schuster in Achim, Kreis Verdenbrück.
 9. Ernst Schäffer, Landarbeiter in Rosenheim, Bezirk Göttingen.
 10. Paul Lisch, Landarbeiter in München, Landsbergerstraße 140/2.
 11. Franz Anton Leibner, Goldarbeiter in Eisenstadt.
 12. Friedrich Klein, Feinmechaniker in Stuttgart-Karlsvorstadt, Landbergstraße.
 13. Franz Oswald Weber, Gärtnerei, Griesen, Bezirk Goslar.
 14. Heinrich Deppe, Vorarbeiter in Uelzen, Gr. Lindenstraße 20.
 15. Wilhelm Söderzen, Landarbeiter in Süddagshausen, Braunschweig.
 16. Theodor Ros, Gärtnerei in Bösel in Hessen.
 17. Johann Regel, Goldarbeiter in Speyer, Grüne Kind.
 18. Ernst Ulrich, Landarbeiter in Brandenburg-Görbersdorf.
 19. August Kühsendorf, Gärtnerei in Hamburg, Altonaerstraße 50.
 20. Wilhelm Janzen, Landarbeiter in Street bei Barel.
 21. August Röder, Arbeiter in Beimar, Brüder 24.
 22. Adolph Klein, Gärtnerei in Ruprechtshausen bei Einbeck in Thüringen 3.
 23. Wilhelm Roos, Landarbeiter in Klein-Reichenförde, Kreis Nordhorn.
 24. Heinrich Böhlmann, Schuhmacher in Langelsheim, Braunschweig.

Als zweites nichtständiges Mitglied:

- Joseph Roth, Holzhauer, Riesens bei Spiegelau.
 Als Stellvertreter:

1. Friedens Ludwig, Holzhauer in Wartenberg bei Berlin.
 2. Heinrich Seede, Schuhmacher in Langelsheim (Braunschweig).
 3. Karl Weißert, Goldarbeiter in Kloster bei Dresden.
 4. Adolf Dörr, Landarbeiter in Römhild (Hessen).
 5. Gottlieb Wiese, Schreiner in Magdeburg, Sommerstraße 7.

6. Friedrich Bornemann, Schuhmacher in Göttingen, Lange Geismarstraße 61.
 7. F. Bodenbauer, Arbeiter in Gorbach in Waldeck.
 8. Johann Garde, Landarbeiter in Langastermoor bei Barel.
 9. Baasch, Arbeiter in Schleswig, Amalienhöhe.
 10. Jürgen Wiegmann, Vorarbeiter in Uelzen, Bergstraße 3.
 11. G. Schmidt, Arbeiter in Grebenstein, Kreis Hofgeismar.
 12. Friedrich Reiser, Vorarbeiter in Stuttgart-Karlsvorstadt.
 13. H. Ried, Gärtner in Lübeck, Israelsdorfer Allee 24.
 14. Friedrich Hahn, Landarbeiter in Sonnenborn (Gotha).

15. Heinrich Schönebaum, Schuhmacher in Blankenburg am Harz.
 16. Heller, Gärtner in Dresden, Schnellstraße 51.
 17. Hermann Greinke, Viehhörter in Wartenberg b. Berlin.
 18. Heinrich Lösch, Landarbeiter in Schiede b. Braunschweig.
 19. Wilhelm König, Arbeiter in Uelzen, Hambruckerstraße 6.
 20. Hermann Massow, Arbeiter in Magdeburg, Horsdorffstraße 4.
 21. Becker, Gärtner in Strehlen-Dresden.
 22. August Bomberg, Landarbeiter in Langelsheim (Braunschweig).
 23. Paul Staudt, Gärtner in Laubegast, Leubenerstraße 9.
 24. Peter Falk, Gärtner in Kolmar i. E., Schädelgasse 11.

c) Für die Versicherungen im Seemannsverband:

- Als erstes nichtständiges Mitglied:
 Paul Müller, früher Matrose, jetzt Verwaltungsbeamter, Hamburg, St. Pauli, Hafenstr. 116, 1. Et.

Als Stellvertreter:

1. Heinrich Müller, früher Matrose, jetzt Bureauarbeiter, Stettin, Kl. Oberstr. 10, part.
 2. Dr. Baasch, früher Schiffskoch, jetzt Verwaltungsbeamter, Flensburg, Schiffsbrücke 61, part.

- Als zweites nichtständiges Mitglied:
 Albert Störmer, früher Kapitän, jetzt Bureauarbeiter, Altona, Friedensstraße 34, 1. Et.

Als Stellvertreter:

1. Georg Gätner, früher Heizer, jetzt Verwaltungsbeamter, Bremen, Vorsetzstr. 1 f.
 2. Conrad Engels, früher Matrose, jetzt Werftarbeiter, Lübeck, Paulistraße 17a.

Diese Kandidatenlisten sind mit einem entsprechenden Anschreiben an die Beisitzer der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung gesandt worden.

Wir ersuchen die Beisitzer nunmehr dringend, den von den organisierten Arbeitern in Borsiglag Gebrachten ihre Stimme zu geben und die in den Listen enthaltenen Namen in den Stimmzettel, den sie vom Reichsversicherungsamt erhalten haben, einzutragen. Die für die Gewerbe vorgeschlagenen Kandidaten haben zum Theil schon als Vertreter im Reichsversicherungsamt oder in ähnlichen Stellen und in Allgemeinen den Beweis gefestigt, daß sie die Interessen der Versicherten mit Energie und Umseit zu vertreten gewillt sind und vertreten haben. Das letztere gilt auch für die Kandidaten aus dem Seemannsverband.

Bei den gewerkschaftlich organisierten Beisitzern der Schiedsgerichte seien wir ohne Weiteres voraus, daß sie mit den vorstehend genannten ihre Stimme geben. Damit ist aber nicht genug gethan. Die Beisitzer mögen es sich zur Aufgabe machen, daß zu sorgen, daß auch ihre Kollegen, welche den gewerkschaftlichen Organisationen fern stehen, das Gleiche thun. Sie müssen diese ihre Kollegen persönlich aufsuchen und sie davon ansprechsam machen, daß sie sich selbst und den gewissen Versicherten einen Dienst erweisen, wenn sie den von der Arbeiterschaft vorgeschlagenen Kandidaten ihre Stimme geben.

Wenn die organisierten Beisitzer ihre Pflicht erfüllen, wenn jener auch seitens der Gewerkschaftskartelle der Sache genügende Aufmerksamkeit gewidmet wird, so kann es nicht zweifelhaft sein, daß die genannten als Vertreter der Arbeiter im Reichsversicherungsamt gewählt werden.

Für die Landwirtschaft sind bisher die Vertreter im Reichsversicherungsamt von den Landeszentralbehörden ernannt worden. Es ist das erste Mal, daß hier eine Wahl durch die Beisitzer stattfindet.

Auch die aus der Landwirtschaft in Borsiglag Gebrauchten werden die Eigenheiten anstreifen, welche die Versicherten von ihren Vertretern zu fordern berechtigt sind. Es muß also auch hier dafür gewirkt werden, daß die der Landwirtschaft angehörenden Beisitzer der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung den in Borsiglag Gebrachten ihre Stimme geben.

Wir glauben die bestimzte Erwartung aus sprechen zu können, daß in den nächsten Tagen alle Beisitzenden in ausreichendem Maße ihre Pflichten und im Interesse der gesamten Arbeiterschaft

dahin wirken, daß diese in den vorgeschlagenen Kandidaten die geeigneten Vertreter im Reichsversicherungsamt erhält.

Hamburg, den 20. August 1901.

Die Generalkommission
der Gewerkschaften Deutschlands.
C. Legien.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 3, Abs. 7 des Statut:

auf Antrag der Verwaltungsstelle in Stuttgart: der Metallschleifer Karl Baumann, geb. zu Stuttgart am 28. Juni 1864, Buch-Nr. 340200, wegen betrügerischer Manipulationen.

auf Antrag der Verwaltungsstelle in Rothenburg o. d. T.: der Schlosser Konrad Bopp, geb. zu Edersdorf am 9. Oktober 1869, B.-Nr. 284073, wegen Veruntreuung von Verbandsgeldern.

Wegen sie betreffender Anträge auf Ausschluß bezüglich Nichtwiederaufnahme wird hierdurch den nachstehend aufgeführten Mitgliedern Gelegenheit zur Rechtfertigung gegen die die Anträge auf Ausschluß begründeten Vorwürfe mit dem Verteilen gegeben, daß sie jedoch sie auf dreimalige Bekanntmachung dieses sich nicht rechtfertigen, aus dem Verband ausgeschlossen werden. Es wird zur Last gelegt:

dem ? Otto Schmidt, B.-Nr. 115574, nach dem von der Verwaltung Böhm gestellten Antrage Veruntreuung von Verbandsgeldern; dem bisherigen Unterküller in Menschede, Maschinist Joh. Steinert, geb. zu Hagen am 1. Juni 1866, B.-Nr. 171440, nach dem von der Verwaltung Menschede gestellten Antrage Veruntreuung von Verbandsgeldern.

Dem Dreher Hugo Söhngen, geb. am 28. Dezember 1877 zu Elberfeld, B.-Nr. 289487 nach dem von der Verwaltung von Ohligs gestellten Antrage Veruntreuung von Mitgliedsbüchern.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Werkstraße 160/I zu richten, und ist auf dem Postabzählnum genau zu bemerken, wofür das Geld verbraucht ist.

Nur legalem Crux

Der Verband.

Korrespondenz.

Klemptner.

Breslau. In der öffentlichen Klemptnerversammlung, welche am 1. August im Gewerkschaftshaus stattfand, kamen Mitstände der Görlischen Werkstatt zur Sprache, die Dank der guten Organisation nach 15-tägigem Aufstand zur Zufriedenheit aller Kollegen befreit wurden. Gestellt wurde, daß in den größten Werkstätten Breslaus, wie Hünlich, Gasmeierfabrik, Georgi & Barth, Speer & Schwarz, Emailwerke, die Kollegen noch nicht von der Wichtigkeit der Organisation überzeugt sind.

Metallarbeiter.

Berlin. Am 12. August hielt die Verwaltungsstelle Berlin ihre Generalversammlung bei Bölkowmieders, Badstraße 16, ab. Kollege Peßold gab den Jahresbericht vom zweiten Quartal. Danach bezeichneten sich die Einheiten der Hauptkasse infolge des am 31. März 1901 vorhandenen Bestandes von 5174,67 M. auf 64,886,96 M. Unter Ausgaben sind folgende Posten anzuführen: Reisegeld 589,30 M., Reichssatz 52,01 M., außerordentliche Agitation 1274,80 M., Ortsunterstützung 19,879,45 M., Streik- und Tagzeigungsunterstützung 14,248,55 M., an die Hauptkasse eingezahlt 15,175 M., der Lokalkasse überwiesen 11,669,24 M., Jahresbestand am 30. Juni 1901 1064,11 M. Die Lokalkasse zeigt in Güte und Ausgabe die Summe von 174,537,88 M. Unter den Ausgaben befindet sich die Summe von 228,75 M. zur Unterstützung nicht vollberechtigter Mitglieder; ferner für die jüngsten Schuhmacher 500 M., d. Glasarbeiter 500 M., d. Tabakarbeiter 500 M. Im zweiten Quartal sind 22,060 Beiträge weniger als im 1. Quartal eingelassen. Nach den geleisteten Beiträgen belief sich die Mitgliederzahl auf 19,782 Personen. Nachdem die Revieren berichtet hatten, daß Bürger und Belege in Ordnung seien, wurde auf Antrag derselben dem Rendanten Leihgabe ertheilt. Stoll, Cohen als 2. Bevollmächtigter und Stoll, Peßold als Rendant wurden wiedergewählt. Als Revieren wurden die Stoll, Frithaler mit 499 und Wiesenthal mit 411 Stimmen gewählt. Zu Punkt 3, Aenderung des Ortsstatus wurde beschlossen: 1. Bei vorhandener Zuszahlung der Ortsunterstützung den alten Modus beizubehalten. Dagegen bei täglicher Zuszahlung der Unterstützung dem Verhältnis des Verbandstages entsprechend zu verfahren. 2. Im § 3 des Ortsstatus die Worte „so lange bis sie in Arbeit getreten sind“ zu streichen. Dafür zu setzen: „Neben die Dauer der in solchen Fällen zu gewährten Unterstützung entscheidet die Ortsverwaltung.“ 3. Kein Staffel, kein Vertragsmann, keine Zahlstelle bei Beiträgen über acht Wochen annehmen. Beiträge über die achte Woche hinaus dürfen nur im Bureau geführt werden. 4. Die Verwendung der Lohnzettel zu den Generalversammlungen findet bis auf Weiteres nicht mehr statt. 5. Änderung des § 3 Abs. 2: Alle nicht vollberechtigten Mitglieder erhalten 5 Wochen lang Unterstützung. Das Gleiche gilt auch für die am 1. Mai ausgesetzten nicht vollberechtigten Mitglieder. 6. Vorstehende Abänderungen treten am 1. Oktober 1901 in Kraft. Letzter wurde

beschlossen, wegen Nichtbefähigung des Koll. P. Pawlowitsch als Beisitzer Beschwerde beim Ausschusß einzureichen. — Den Glasarbeiten bewilligte die Generalversammlung 5000 Mk., zahlbar in Sätzen von 1000 Mk. pro Woche. Mit der Ausforderung, die Petitionslisten gegen die Brottvertheuerung zahlreich zu verbreiten und zu unterschreiben, schloß Koll. Cohen die Generalversammlung.

Köln. 8. August. Am Sonntag, den 28. Juli, fand im großen Saale des Kristallpalastes eine Generalversammlung der Filialen Köln (Allgemeine), Sektion der Kiempner und Schwäger, sowie der Filialen Deutz und Lindenthal statt. Es galt einer einigstigen Beschlusstafel über die Verschmelzung obiger Filialen. Dieselben erklärten sich zu der Verschmelzung bereit, mit Ausnahme Lindenthal's, welches vorläufig eine abwartende Stellung einnimmt. Das Reglement wurde mit einigen kleinen Abänderungen angenommen. Kollege Giesen wurde als 1. Kollege Rüdiger als 2. Vorsitzender gewählt, Kollege Simat als 1. Kollege Küddecke als 2. Kassier und die Kollegen Körner, Spiegelberg und Jakobi als Konsulatoren. Die Verschmelzung, welche mit dem 1. Oktober in Kraft tritt, wird den Metallarbeitern Kölns zum Vortheil gereichen. Hauptsächlich werden dann auch die Versammlungen etwas besser beleuchtet, als dieses bis jetzt der Fall war. Es wäre zu wünschen, wenn sich in nächster Zeit die Filiale Lindenthal nicht allein, sondern alle Filialen der Vororte der Mutterfiliale anschließen, damit Köln in Bezug der Organisation etwas mehr in den Vordergrund tritt. Ein enger Zusammenhang ist um so nötiger, als die Zeit dieses erforderlich. Wünschen wir der neuen Filiale eine gedeihliche Entwicklung und hoffen wir, daß man später einmal Köln auch als eine Hochburg der Organisation bezeichnen kann.

Entscheidung der Kontroll-Kommission der sozialdemokratischen Partei in Sachen der Beschwerde der drei Hamburger sozialdemokratischen Vereine.

In Folge der von den drei Hamburger sozialdemokratischen Vereinen erhobenen Beschwerde gegen den Schiedsgerichtsspruch in Sachen des Ausschusses der Hamburger Aftordmauer aus der Partei ist die Kontrollkommission der Partei am 9. August in Berlin zur Berathung zusammengetreten. Nach sorgfältiger Überprüfung des vorgelegten Materials und des Schiedsgerichtsspruches, sowie nach eingehender Erörterung all der Fragen, die im Zusammenhang mit dem Thatbestande stehen, gelangten die Unterzeichneten einstimmig zur Abgabe folgender Erklärung:

Die Kontrollkommission spricht zunächst ihr lebhaftestes Bedauern darüber aus, daß Parteigenossen eine ihrer Natur nach rein gewerkschaftliche Frage dadurch zur Parteisache gemacht haben, daß sie die Parteiorganisation zur Entscheidung angerufen haben. Dieses Vorgehen würde in unvermeidlicher Konsequenz dazu führen, daß jeder Parteiverein der sozialdemokratischen Partei verleidende Handlungen seitens einzelner Gewerkschaftsglieder auch vor das Forum der Gewerkschaftsorganisation gezogen und eventuell auch durch Abschluß aus der schieren geahndet werden müßten. Es liegt auf der Hand, daß aus dem dadurch geschaffenen Zustande der politischen wie der gewerkschaftlichen Arbeitsergebnisse die größten Schwierigkeiten erwachsen würden.

Was die eingegangene Beschwerde selbst betrifft, so hat die Kontrollkommission feinerlei Gründe gefunden, die die Aufhebung des Schiedsgerichtsspruches rechtfertigen könnten.

Das Schiedsgericht hat die erste Frage: Ist Streitpunkt eine ehrlose Handlung im Sinne des § 2 des Organisationsstatuts der Partei? — mit Ja beantwortet. Die Kontrollkommission hat sich einstimmig diesem Votum angeschlossen. Daß die Organe der Partei in jedem einzelnen Falle zu prüfen und zu entscheiden haben, ob ein Verstoß gegen § 2 des Organisationsstatuts vorliegt, erachtet auch sie als selbstverständlich.

Die zweite Frage: Liegt in dem Verhalten der Aftordmauer ein Streik- oder Sperrereignis vor und haben sich die fünfzig namhaft gemachten Mitglieder der vier Parteivereine Hamburg und Wanderschule desgleichen mit schuldig gemacht? — hat das Schiedsgericht einstimmig verneint. Die Kontrollkommission konnte auch hier, nach gewissenhafter Begründung aller zur Beurtheilung des Sachverhalts mitgerührten Einzelheiten, zu keiner abweichenden Entscheidung gelangen. Die im Schiedsgericht zu Punkt 2 angeführten Gründe erachtet sie für stichhaltig. Jedoch war sie einstimmig der Ansicht, daß das disziplinärwiderige Verhalten der Aftordmauer gegenüber den Beischülern des Verbandes nicht nur auf das Leiste zu bedauern, sondern auf das Nachdrücklichkeit zu verzweilen.

Die in Punkt 3 des Schiedsgerichtsspruchs festgestellte That, daß einzelne Aftordmauer Zimmerarbeiter auf gesetzlichen Bantea vertrittet haben, verurtheilten die Kontrolleure zwar einstimmig und mit aller Schärfe, konnten aber unter den gegebenen Umständen eine ehrlose Handlung im Sinne des § 2 des Organisationsstatuts darin nicht erblicken.

Die Entscheidung des Schiedsgerichts auf Frage 4: ist in der freien Vereinigung der Aftordarbeiter ein Beschluss gefasst worden, dagegenher: sich den Unternehmern in allen Fällen zur Verfügung zu stellen? lautete: Nein. Da die Unzulänglichkeit der aus bürgerlichen Quellen stammenden Informationen auch von den Verbandsvertretern nicht bestritten wurde, und neues Material zur Stütze der Anklage nicht beigebracht worden ist, so konnte die Kontrollkommission nicht umhin, der Entscheidung beizustimmen.

In Erwägung aller dieser Umstände beschlossen die unterzeichneten Kontrolleure einstimmig, die Beschwerde gegen den Schiedsgerichtsspruch nicht stattzugeben.

Berlin, 9. August 1901.
Folgen die Unterschriften der Kontrolleure.

Thätigkeits- und Kassenbericht der Agitations-Kommission für Württemberg für das 1. Halbjahr 1901.

Die Verwaltungsstelle Stuttgart hat auf Beschluß der Landeskongress in Göppingen die Wahl einer Agitations-Kommission in ihrer Versammlung vom 24. November 1900 vorgenommen und hat diese ihre Konstitution in der Nr. 50 der M.-A.-Z. vor Jts. den Mitgliedschaften bekannt gegeben.

Um nun zunächst das Thätigkeitsfeld näher kennen zu lernen, wurden die auf der Göppinger Konferenz eingelieferten Situationsberichte gesichtet und zusammengestellt; da diese jedoch nicht systematisch angelegt und zum Theil äußerst mangelhaft ausgeführt waren, konnte kein eigentlicher Schluss daraus gezogen, an eine Veröffentlichung und Besprechung nicht gedacht werden. Dies führte zu dem Beschuß, entsprechend dem Wunsche der Konferenz, in regelmäßigen Zeitabständen einheitliche Fragebögen an die Verwaltungsstellen zu versenden, um an der Hand der eingelaufenen Antworten ein zuverlässiges Agitationsmaterial in Bezug auf Veränderungen und Fortschritte, in der Organisation sowohl, als auch der geschäftlichen Verhältnisse zu erhalten und dies nutzbringend verwerten zu können. (Diese Fragebögen sind zur Zeit ausgegeben und ist deren baldige Rücksendung nothwendig.)

Auf Anregung der Stuttgarter Verwaltungsstelle wurde ein Flugblatt in einer Auflage von 11,000 Exemplaren ausgegeben und verjandt, in dem besonders das reichsgerichtliche Urtheil gegen die streitenden Formen von Stühn in Gütershausen, die Streikarbeit ablehnten und zum vollen Schadenerlaß gegenüber der Firma verurtheilt wurden, besprochen und in geeigneter Weise verwertet.

Angeregt durch Cannstatter Kollegen, wurde die Gründung einer Verwaltungsstelle in Waiblingen ausgeführt und bespricht diese auch lebensfähig zu bleiben.

Vom Gewerkschaftskartell in Biberau wurde die Gründung einer Verwaltungsstelle dort angeregt, die zu diesem Zweck einberufene Versammlung konnte jedoch eingetretener Umstände halber nicht tagen.

Seitens der Feilenarbeiter wurden unter Beteiligung der Agitations-Kommission zur Gewinnung neuer Mitglieder Verträge gemacht, durch Abhaltung von Wanderversammlungen in Cannstatt, Feuerbach und Esslingen das Interesse der fernziehenden Kollegen für die Organisation zu wecken. Man hatte dabei namentlich die Feilenarbeiter von Dick in Esslingen im Auge, da durch deren Teilnahmslosigkeit gegenüber der Organisation ein wesentlicher Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Feilenindustrie Württembergs entstanden ist. Während nun aber erfreulicherweise aus den verschiedensten Orten diese Versammlungen besucht waren, blieben gerade die Arbeiter von Dick diesen beinahe vollständig fern. Abhängigkeit vom Prinzipal, unbegründete Furcht vor den Meistern und vor Allem Interesselosigkeit der meistens auf dem Lande wohnenden Arbeiter, vielleicht auch der ungünstig verlaufene Schiedsstreit bei der selben Firma vor zwei Jahren werden die Ursachen sein.

Zur Heidring wurde die Agitations-Kommission wenig in Anspruch genommen, verständlich ohne Kenntnis dieser direkt mit dem Hauptvorstand verhandelt; die Verwaltungsstellen haben sich noch nicht alle mit dieser Einrichtung vertraut gemacht.

Aus diesem Grunde und hauptsächlich auch mit Rücksicht auf die ungünstige Gewerkschaftslage wurde von einer lebhaften Entfaltung der Agitation Abstand genommen; auch soll erst die Lösung der Frage bezüglich der Bezirkseintheilung, die auf der letzten Generalversammlung beschlossen wurde, abgewartet werden.

Auf Wunsch der bet. Verwaltungsstellen wurden zu 17 Versammlungen Redner entsendet, wegen zu kurzer Mitteilung konnten einige nicht beichtigt werden.

Die Korrespondenz umfaßte 46 Briefeingänge und 106 Briefausläufe, jerner 30 Packete und 1 Telegramm.

Ihre Ge häfte erledigte die Kommission in 6 Sitzungen.

Kassenbericht.

Einnahmen:

Bon der Hauptkasse	350 Mk. —	Pfg.
Sonstiges	—	62 "
	Summa	350 Mk. 62 Pfg.

Ausgaben:

Porto	12 Mk. 77 Pfg.
Schreibmaterial	11 " 55 "
Drucksachen	98 " 25 "
Linnorien	2 " 6 "
Fahrgelder und Entgeltdienstungen	108 " 20 "
	Summa 227 Mk. 83 Pfg.

Bilanz:

Einnahmen	350 Mk. 62 Pfg.
Ausgaben	227 " 83 "
	Bestand 122 Mk. 79 Pfg.

Die Agitations-Kommission für Württemberg,
Stuttgart, 10. August 1901.

J. U.: K. Kömpf, Vor.

An die Verwaltungsstellen des 7. Agitationsbezirks des D. M.-Z.

Hierdurch berufe ich auf Sonntag, den 15. September dieses Jahres, Vormittags 10 Uhr, nach Köln a. Rh. in den oberen Saal des Kristallpalastes, Schillerstraße 107/109, eine Konferenz der Verwaltungsstellen der Regierungsbezirke Aachen-Düsseldorf und Köln der Rheinprovinz und Aachen und Münster der Provinz Westfalen ein.

Befürwortung:

1. Errichtung eines Agitationsbezirks mit vorsoldetem Bezirksleiter.
2. Wahl der Kommission zur Prüfung der Bewerbungen.
3. Anträge, die bei obigen Punkten nicht erledigt sind.

Die Wahlen zu dieser Konferenz werden auf Grund des § 17 Abs. 3 des Statuts vorgenommen.

Ich ersuche alle Verwaltungsstellen der vorbenannten Regierungsbezirke, sich an dieser Konferenz zu beteiligen. Auf die Tagesordnung bezügliche Wünsche und Anträge sind baldigst an mich einzufinden.

Bielefeld im August 1901.

Mit kollegalem Gruß
Fr. Bunte, Heeperstraße 48.

An die Vertreter der Verwaltungsstellen des 8. Agitationsbezirks.

Bei Ankunft der Züge werden am 1. September auf den Bahnhöfen zu Goslar und Gustavsburg-Kotheim, sowie

an der Landungsstelle des Lokal-Bootes Mainz-Kotheim, Kollegen der hiesigen Zahlstelle zum Empfang der Delegierten anwesend sein. Erkennungszeichen: Metallarbeiter-Zeitung in der Brusttasche.

Rundschau.

Der fünfte deutsche Gewerkschaftstag wird, einem Beschuß des Gewerkschafts-Ausschusses zufolge, in der fünften Woche nach Pfingsten 1902, also in der Zeit vom 18. bis 22. Juni, zu Stuttgart abgehalten. Letzter Tagungsort wurde unter fünf Städten (vorgeschlagen waren noch Berlin, München, Nürnberg und Leipzig) mit 23 von 41 Stimmen gewählt.

Lage des Arbeitsmarktes. Der Beschäftigungsgrad in Industrie und Gewerbe ist im Juli wesentlich zurückgegangen. Aus den Bezirken des Bergbaus, der Eisen- und Maschinenindustrie werden der Berliner Halbmonatszeitung "Der Arbeiter" in der Feierschicht, Entlassungen und Lohnkürzungen gemeldet, wodurch bestätigt wird, daß nach einer Kurze und kleinen Erholung der Rückgang wieder in erhöhtem Maße eingezogen hat. Während im vorigen Jahre, als die Umstellung der Konjunktur sich zum erstenmale auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar machte, der Rückgang der beschäftigten Arbeiter im Monat Juli nach den Auswirkungen der Berichterstattung der genannten Zeitschrift angeschlossenen Krankenfassen 0,3 Prozent betrug, ist im Juli dieses Jahres trotz schon stark verminderter Arbeiterbestände ein solcher von 0,5 Prozent zu verzeichnen. Entsprechend dieser Abnahme der beschäftigten Arbeiter ist auch der Andrang von Arbeitssuchenden an den öffentlichen Arbeitsnachweisen gestiegen. Im Juli vorigen Jahres kamen auf 100 offizielle Stellen 122,2 Arbeitssuchende; im Juli dieses Jahres stieg der Andrang aber auf 160,9. Von den Arbeitsnachweisen wird namentlich vermehrter Andrang von Metallarbeitern und Bauarbeitern gemeldet. Für letztere bleibt eine Wendung zum Besseren bei Beginn der Herbstsaisons wenigstens an manchen Orten noch möglich.

Die Thätigkeit der deutschen Gewerbeberichte im Jahre 1900. wird durch eine Zusammenstellung veranschaulicht, die "Das Gewerbebericht" veröffentlicht und der wir folgendes entnehmen:

Die Statistik von 1896 schloß mit 284 Gewerbeberichten ab; Ende 1900 waren 316 Gewerbeberichte vorhanden. Wenn man die Veränderungen nach Größenklassen der Gemeinden betrachtet, so ist nur in den Großstädten (über 100,000 Einwohner) der Stand unverändert geblieben. Wie früher die 28, so haben jetzt die 33 Großstädte des deutschen Reiches eine jede ihr Gewerbebericht. Unter den Gemeinden zwischen 50- und 100,000 Einwohnern gab es früher sechs Städte ohne Gewerbebericht, jetzt nur zwei; in der Größenklasse 25- bis 50,000 früher 24, jetzt 26; in der Größenklasse 20- bis 25,000 früher 23, jetzt 32 Gewerbeberichte. Nach dem Stande vom 31. Dezember 1900 gab es also 60 Gemeinden mit mehr als 20,000 Einwohnern (nach der einheitsigen Zählung) ohne Gewerbebericht. Von diesen zusammen 61 Gemeinden haben inzwischen vier ein Ortsstatut beschlossen, und in drei anderen wird die Sache ebenfalls getreibt. Nach Abzug dieser sieben bleiben noch 54 Gemeinden, in denen ein Gewerbebericht errichtet werden muß.

Die Thätigkeit der Gewerbeberichte schildert erster Bürgermeister Cuno-Hagen wie folgt: Die Zahl der bei den deutschen Gewerbeberichten anhängig gewordenen Klagen ist von 68,798 im Jahre 1896 auf 81,164 im Jahre 1900 gestiegen. Es entspricht diese Steigerung der Zahl der Prozesse um 22,3 Prozent. Die Befürchtung, die billige Rechtsprechung der Gewerbeberichte werde die Zahl der Prozesse ins Unermessliche steigern, wird damit völlig widerlegt. Während aber die Zahl der Klagen von Arbeitern gegen Arbeitgeber sich nur um 19,4 Prozent vermehrt hat, ist die Inanspruchnahme der Gerichte durch die Arbeitgeber um 55,8 Prozent gestiegen. Während 1896 nur in 7,5 Prozent aller Streitigkeiten Arbeitgeber als Kläger auftreten, und 1900 9,5 Prozent der Klagen von Arbeitern gegen Arbeitgeber angezeigt. Es wird damit der an der Hand der früheren Statistik geführte Nachweis, daß die Gewerbeberichte auch für die Arbeitgeber Interesse haben, wiederum bestätigt. In manchen kleinen und mittleren Industriestädten nehmen die Arbeitgeber in umfassender Weise ihre Zinsucht zum Gewerbebericht, insbesondere, um sich gegen Vertragsschluß der Arbeiter zu schützen. In Spremberg wurden zum Beispiel 21 Prozesse von Arbeitern angezeigt gegenüber 19 von Arbeitgebern. Wenn sich in Leipzig die Zahl der Klagen der Arbeitgeber auf 1598 gegen 2675 der Arbeiter beläßt, so ist dies darauf zurückzuführen, daß anlässlich des Wiedervertreitungszeitraums der Arbeit erhoben wurden. Gerade dieses Beispiel zeigt aber, wie die Einrichtung der Gewerbeberichte auch gegen die Arbeiter zur Anwendung gebracht werden kann. Die noch bei Beratung der Gewerbeberichts-Kommission wiederholte Behauptung einzelner Großindustriellen, daß die Gewerbeberichte lediglich die Arbeitersinteressen förderten, wird durch die Ergebnisse der Statistik widerlegt.

Der Streitwert der anhängig gewordenen Klagen betrug ebenso wie 1896 in der Hälfte der Fälle unter 20 Mark. Der Anteil der Klagen mit einem Streitwert von über 100 Mk. ist von 4,5 auf 5,3 Prozent gestiegen.

— Zu einem Endurteil einzchl. Verjährungsurteil kam es in 26,5 Prozent aller Fälle (1896 28,9). Die einigende Thätigkeit der Gewerbeberichte steht noch in erster Linie. Trotz Vermehrung der Prozesse mit berufsmäßigem Objekt von 2948 auf 4314 ist nur in 247 Fällen (1896: 272) Berufung eingelegt worden.

In fortwährendem Entwicklung ist auch die einigungsamtliche Thätigkeit der Gewerbeberichte. Es sind 80 Anträge, 28 Vereinbarungen zu verzeichnen, gegen 42 und 18 im Jahre 1896. Auch die Zahl der Untersuchungen unter Schiedssprüche hat sich vermehrt. Die Statistik zeigt, daß nur Unzufriedenheit von dem Bericht des einigungsamtlichen Verfahrens die häufigere Anwendung verhindert. Wenn in Orten, in denen man schon Erfahrungen mit dem Einigungsamt gesammelt hat, wird die

Eingungsamt öfter angerufen. Immerhin ist diese eingangsamtliche Tätigkeit noch in den Anfängen der Entwicklung.

Aus dem Lager der „Christlichen“. In Rheinland-Westfalen hat man Arbeiter in Vereinen organisiert, die eigentlich nur den Frieden haben, die Arbeiter von jeder selbstständigen Bewegung fernzuhalten und sie eventuell als Garde der Unternehmer zu gebrauchen. Die evangelischen Arbeitervereine werden dort als Statisten in nationalliberalen Wählerversammlungen, zum Sprengen sozialdemokratischer Versammlungen usw. gebraucht. Die Befriedeten wären bald um ihre Ruhe gebracht, weil Pastor Naumann, der sich in Bezug auf Freiheit, Berechtigung des Land- und Wasserministeriums mit jedem nationalliberalen Beträger messen kann, doch bei einigen Fragen Unvorsichtigen hat, die den rheinischen Fabrikanten unangenehm sind. Dieses befindet er bei der Agitation gegen das Buchhausgesetz und bei seiner Stellung zum Provinzialrat. Die rheinischen Fabrikanten beschlossen, Naumann aus dem evangelischen Arbeiterverein hinauszudringen. Als dieses misslungen war, sollte die Bochumer Gruppe sich trennen von denen, die einen solchen „Umwälzer“ wie Naumann in ihren Reihen duldeten. Dieses Abschneiden sollte unter Führung des nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Franken vollzogen werden. Über auch hier folgen die Geduldigen nicht. Der Köln. Volksztg. wird berichtet:

Die Gefolgshaft des Abgeordneten Franken in Sachen des Streites unter den evangelischen Arbeitervereinen verringerte sich zum größten Leidweisen der Führer der „Bochumer Richtung“ immer mehr. Der rheinisch-westfälische Provinzialverband zählt 13 Kreisverbände, die, wie früher behauptet wurde, eines Sirms mit der „Bochumer Richtung“ gegen den nationalen Eintritt Naumann sei. Dem ist aber nicht so; denn von den 13 Kreisverbänden sollen 10 sich bereits bestimmt für ein fernes Verbleiben im Gesamtverband ausgesprochen haben. Die Leitung des Ehener Kreisverbandes nimmt einzuweilen noch eine abwartende Einstellung ein, jedoch haben viele Vereine dieses Verbandes, unter diesen auch der Verein Essen, gegen den Ausstieg aus dem Gesamt- und Provinzialverband sich ausgesprochen. Sollte die „Bochumer Richtung“ ihr Vorhaben durchführen, einen Sonderverband zu gründen, so würde deutlich das Hauptlein der Getreuen recht klein sein.“

Auch dem Gewißesten wird so viel zugemutet, daß er rätsel wird. Wenn aber Franken diese Gefolgshaft fehlt, wird er dann noch wieder in Bochum zum Reichstagsabgeordneten gewählt werden?

Litteratur und Kunst.

Von der „Reuer Zeit“ (Stuttgart, Ditzig Verlag) ist seither das 45. Heft des 19. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir herauß: Kriegs-Betrachtungen. Von Heinrich Cuno. — Die landwirtschaftliche Entwicklung Dänemarks. Von G. Bang. — Aus der Praxis der Harmonie zwischen Unternehmer und Arbeiter in England. Von David J. Bynon. — Der Jahresbericht der britischen Gemeinschaft für das Jahr 1900. Von Helene Simon. — Litterarische Rundschau: Ferdinand Bitter, Schule und Kirche im alten und neuen Schuhundert. Richard Galter, die Befreiung der Steuerarbeiter Wilhelm Bölsche, Die Erziehung des Menschen. — Notizen: Die Arbeiterschwäche in der Schweiz von 1880 bis 1900. — Feuilleton: Zum Gedächtnis Wilhelm Liebknechts. Von Robert Schweichel. (Schluß)

Zühlischs Reichsbuch für Handwerker und andere Gewerbetreibende. Praktischer Begleiter für Deutschland und die Nachbarländer und Übersicht der bedeutendsten Sehenswürdigkeiten und der gewerblichen Beziehungen in deutschen Dörfern. Neugeholtene Auflage, neu bearbeitet von L. Kettler. Mit einer Karte von Deutschland.

Briefkasten.

Gürtel. In dem Bericht fehlt Namensunterschrift und Stempel.

Koffer. Bezuglich der Sperrre müssen Sie sich an Hauptpostamt nach Stuttgart wenden sowohl wegen Aufhebung wie Belebung derselben. — Die Angabe „Alle 14 Tage“ genügt nicht, Sie müssen uns die Daten der Versammlungen angeben.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

In jeder Versammlung finden Aufnahmen statt und werden Beiträge entgegengenommen.

Jagden. Samstag, 24. August, Abends halb 9 Uhr, bei Engels. Vortrag.

Abversieben. Die Mitglieder-Versammlung am 31. August fällt aus. Am 14. September öffentliche Versammlung. Tagordnung: Die Frage in der Metallindustrie.

Hilfeld a. J. Samstag, 24. August, Abends 9 Uhr, bei Hermann.

Heilbronn. Samstag, 24. August fällt die Mitglieder-Versammlung aus. — Begegn. Versammlung und beheim. Sozialistische Hochschule abzuliefern.

Heilbronn. Samstag, den 8. September, Nachmittags halb 4 Uhr, im Schützenhaus zu Schmidlin. Innenamt der Metallindustrie. Abends 9 Uhr, Schule.

Heilbronn. Obergasse, Schmidlin, Crimmitzhausen, Schule, Abend und Schule. Am 8. September, Abends 9 Uhr, Schule.

Heilbronn. Samstag, 31. August.

Garmisch. Samstag, 31. August, Abends 8 Uhr, bei Thiel, Parlamentstraße 5.

Berlin. Sonnabend, 24. August, Abends halb 9 Uhr, bei Diele, Adlerstraße 123. Versammlung der Hobler, Vohrer, Fraiser usw.

Sonntag, 25. August Morgenprache der Schaubudenreicher bei Wezel, Wrangelstraße 136. Die in Bezug von Arbeitslosen-Unterstützung ausgesteuerten Kollegen sind besonders eingeladen.

Donnerstag, den 29. August, Abends halb 9 Uhr, Versammlung der Gürtler und Drucker im Gewerkschaftshaus, Engelser 15, Saal 1.

Bitterburg. Sonnabend, 31. August, Steinstr. 2—4. Bitterburg. Am 31. August.

Eschweiler. Sonntag, 1. September, Worm. 11 Uhr, bei Förster, Moltkemarkt 12.

Bonn. Samstag, den 24. August, Abends 9 Uhr, bei Fachboden, Kaiserstraße 1.

Braunschweig. (Allgem.) Sonnabend, 24. August, Abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Werder 32.

Greifswald. (Klemmner.) Sonntag, den 25. August, Worm. 11 Uhr, bei Pilz, u. Großengasse 15.

Crimmitschan. Sonnabend, den 31. August, Abends halb 9 Uhr, in Ahnerts Herberge, Johannisplatz.

Darmstadt. Samstag, 24. August, in Cramers Bierhalle, Dieburgerstraße 18.

Dessau. Sonnabend, 24. August, Abends halb 9 Uhr, im „Burgkeller“, Almalienstraße.

Dietrichsdorf, Neumühlen u. Amt. Freitag, den 30. August, Abends halb 9 Uhr, in Försts Gasthof, Wellingdorf.

Dortmund. (Klemmner und Installatoren.) Samstag, 31. August, Abends halb 9 Uhr, bei Mühlhausen, 1. Kampfstraße 73.

Eilenburg. Jeden 2. und letzten Sonnabend des Monats.

Elmshorn. Sonnabend, 31. August, Abends halb 9 Uhr, bei Krause, Flammenweg 29.

Erfurt. (Klemmner.) Sonnabend, 24. August.

Frerichsbad. Samstag, 31. August, Abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Fünferwalde. Sonnabend, 31. August, Abends halb 9 Uhr, im Gesellschaftshaus Raundorf.

Frankfurt a. M.-Bockenheim. Samstag, 31. August, Abends halb 9 Uhr, im „Erlanger Hof“, Borsigstraße 11.

Frankfurt a. M.-Bockenheim. Montag, 2. September, Abends halb 9 Uhr für den Bezirk Oberad, im „Taurus“, Offenbacher Landstraße 246.

Gera. Sonnabend, den 31. August, Abends 8 Uhr, Fassatag bei Förster, Waldfürze.

Hamburg. (Klemmner und Hilfsarbeiter.) Jeden letzten Dienstag im Monat, Abends halb 9 Uhr, bei Klages, Ecke Wusterhof und Hermannstraße.

Gameln. Jeden letzten Sonntag im Monat, Nachm. 3 Uhr, bei Bode, Baustraße 4.

Hannover. (Allgem.) Sonnabend, den 31. August, Abends halb 9 Uhr, im Ballhof, Burgstr. 9.

Harburg. (Allgem.) Sonnabend, den 31. August, bei Börsenhop, Bergstraße 7.

Heilbronn. (Allgem.) Samstag, 31. August, Abends halb 9 Uhr, in der „Rose“.

Karlsruhe. (Sektion der Banquierlösser.) Sonntag, 25. August, Worm. halb 10 Uhr, in der Restaur. Fortuna, Ludwigsplatz.

Landsberg a. W. Jeden Montag nach dem 1. des Monats.

Liegnitz. Sonnabend, 31. August, im „Preußischen Hof“, Vorhang.

Linden-Jena. (Sektion der Feilenhauer.) Sonnabend, 7. September.

Lüdenscheid. Montag, 26. August, Abends 8 Uhr, bei Schi, Böttcherstraße 34.

Lüdinghausen a. W. Samstag, den 31. August, Abends halb 9 Uhr, im „Büttelsbacher Hof“, Ecke der Jäger- und Marststraße.

Maiheim. Dienstag, 27. August, Abends halb 9 Uhr, Deuterstraße 6. Vortrag. Wahl von zwei Delegierten zur Konferenz. Kettelfbericht.

Neusalz a. O. Am 31. August.

Neustadt i. W. Am 31. August.

Nürnberg. (Sektion der Schleifer, Polierer u. Bernickler.) Samstag, 31. August, im Café Werk.

Ohrdruf. Samstag, 31. August, Abends halb 9 Uhr, bei Formweibel.

Osnabrück. Sonntag, 1. September.

Pforzheim. Samstag, 7. September, im „Löwen“. Vortrag des Kollegen Eichhorn-Mannheim.

Raaffatt. Samstag, 24. August, im „Rothen Hans“.

Rothenburg a. d. T. Jeden 1. Samstag im Monat im „Rothen Wolf“.

Rödelheim. Montag, 26. August, Abends 9 Uhr, im „Dromedair“.

Schwieber. Samstag, 24. August, Abends 8 Uhr, bei Sondelat, Mühlstraße.

Seltingen. Samstag, den 24. August, Abends halb 9 Uhr, bei Johann von Gelle, Connewitzerstraße.

Stettin. Samstag, 25. August, Vorabend 8 Uhr, im Grabower Schützenhaus Hauptversammlung. Rätherbericht und Wahl der Bezirkskommission nach § 16 Biffer 5 des Statuts.

Strohsberg. Samstag, den 31. August, Abends halb 9 Uhr, bei Bögel, Weizthurnstraße 1.

Süntigart. (Sämtliche Sektionen.) Samstag, den 31. August, im Gewerkschaftshaus zum „Büren“, Eglingerstraße 17—19.

Stuttgart-Ostheim. Am 30. August.

Trossingen. Samstag, 25. August, Worm. 8 Uhr, im „Schlößle“.

Tuttlingen. Samstag, 24. August, bei Wilh. Beigel, zum goldenen Adler, Jägerstraße.

Velbert. Samstag, 31. August, Abends halb 9 Uhr, bei Wilh. Böllens, Friedensstraße 7.

Wiesloch. Samstag, 1. September, Abends 11 Uhr, bei Hubert Eger, H. Brüderstraße 25.

Weissenau. Jeden 1. und 15. des Monats bei Karl, goldene Luisstraße.

Wiesbaden. (Sektion der Spengler u. Installatoren.) Samstag, 24. August, Abends 9 Uhr, bei Küllmer, Adlerstraße 6. Mitgliedsbücher sind befußt Revision an den Zeitungsträger abzugeben. — Kassierer: Fr. Brüdinger, Bellringstraße 23.

Worms. Samstag, 31. August, Abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Würzburg. Samstag, 31. August, Abends 8 Uhr, bei Bullinger.

Zussenhausen. Samstag, 31. August, Abends 8 Uhr, im Gasthaus zum Ritterthal.

Brandenburg a. H. Um die Adresse des Schlosses Christian Kenter bittet der Bevollmächtigte D. Fischer, Ritterstraße 29.1.

Crimmitzhan. Der Central-Arbeitsnachweis der vereinigten Gewerkschaften befindet sich Glaucauerstr. 4 im Hause des Herrn Fuhrwerksbesitzers Höhler und ist geöffnet an sämtlichen Wochentagen vor 8—1 Uhr Mittags, von Nachmittags 4—7 Uhr Abends und Sonntags von 11—12 Uhr Mittags.

Düsseldorf. Der former Bernhard Göhring wird gebeten, seine Adresse sofort an den Unterzeichneten einzufinden. Wilhelm Gottlieben, Vorsitzender des Gewerkschaftsrates Düsseldorf, Hüttenstraße 156,2.

Heidenheim. Ab 1. September befindet sich das Volk im „Fühlingsgarten“, woselbst auch das Reisegeld ausbezahlt wird.

Straßburg. Richard Lüdicke, H.-Nr. 256621 wird aufgefordert seinen Verpflichtungen der Zahlstelle Straßburg gegenüber nachzukommen.

Wismar. Unsere Herberge ist nur im „Arbeiterheim“, Meilenburgerstraße 15a. Dort selbst Auszahlung der Reiseunterstützung.

Zeitz. Sonntag, 1. September 10jähriges Stiftungsfest, bestehend in Konzert, Festrede und Ball im „Diana-Saal“.

Die Jahrgänge 1883/84, 1885 und 1886 der Deutschen Metallarbeiterzeitung werden zu jedem Preis zurückgekauft. Offerten an W. Kümmerle, Nürnberg, Fuerststraße 29.

Gestorbene.

In Bernburg der former Ernst Gehr an Blinddarmentzündung. — In Harburg der Schlosser Wilh. Schiedlach, 41 Jahre alt, infolge eines Berufsunfallen.

Flotte Feilenschleiferei Frankenthaler billig zu verkaufen. H. Hanßl, Gera-Döbschitz, Oststraße Nr. 39. [90]

Fabrik zur Herstellung von Violinnoten gesucht. Guinde, Berlin, Mohrenstraße 41. [91]

Für dauernde Montage-Arbeit werden tüchtige Steimer und Kesselschmiede gesucht. Petroleum-Lands Neuerhafen, Niessa an der Elbe. Monteur Rollmeyer. [92]

Eine gutgehende Klempnerei mit Laden in Leipzig ist wegzugshalber billig zu verkaufen. Näheres durch Haasenstein & Vogler, L.-G., Leipzig, unter 3. 12. [93]

Bekanntmachung.

Um Mittheilung des jetzigen Aufenthalts des Feilenhauers Carl Friedrich Otto Zehl, geboren am 8. März 1860 zu Ober-Prauske, zwecks Aushändigung eines Schtheils wird ersucht.

Betreibung an der Saale, den 15. August 1901.

Gustav Knauß, Neuestraße Nr. 59. [94]

Anton Lang aus Pforzheim wird ersucht seine Adresse nach Oberstein anzugeben. U. Ungerer. [95]

